Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint wöchentlich sechs mal Bezugspreis halbmonatlich 1.20 Mark, Einzelnummer 15 Pfg. Druck u. Verlag von C. Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonten: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Geschäftsstelle: Große Marktstr. 3—5. Verantwortlich für die Schriftleitung H. Linner, Schwerte. Fernruf 62.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Westhofener Zeitung, Apierbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Anzeigen-Preise: Für die achtgespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Auswärtige 10 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. Für telefonisch aufgegebene Inserate übernehmen wir keine Gewähr. Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Anspruch auf Schadenersatz oder Nachlieferung erhoben werden

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde • Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. • Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 144 (Erstes Blatt) **Schwerte (Ruhr), Mittwoch den 23. Juni 1926.** **59. Jahrgang.**

Neues in Kürze.

Keine Amerikaanleihe der Ver. Stahlwerke A.-G.

wtb. **Düsseldorf,** 22. Juni. (Tel.) Von der Verwaltung der Vereinigten Sahlwerke A.-G. wird dem WTB. mitgeteilt, daß die Newyorker Meldung, wonach von der Firma Dillon Read u. Co. morgen, Mittwoch, eine Anleihe von 35 Millionen Dollar 6½prozentiger Bons der Vereinigten Stahlwerke A.-G. zur Zeichnung angeboten werden, nicht zutreffend ist. Der Abschluß einer Anleihe ist bisher nicht erfolgt.

Der Vorsitz der Zentrumsfraktion.

bb **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich heute mit der Frage der Wahl des Vorsitzenden beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, die Wahl des Vorsitzenden bis zum Herbst zurückzustellen. Die Geschäfte werden von den stellvertr. Vorsitzenden Abg. von Guerard und Stegerwald geführt.

Handelsabkommen mit Guatemala.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Das am 4. Oktober 1924 unterzeichnete Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Guatemala ist gemäß Art. 3 Abs. 2 des Abkommens am 3. Juni 1926 in Kraft getreten. Die Ratifikationsurkunden sind am 12. Juni 1926 in Guatemala ausgetauscht worden.

Weibliche Schiedsrichter.

bb **Berlin,** 22. Juni (Tel.) Das preußische Staatsministerium hat dem Amtlichen preußischen Pressedienst zufolge dem Staatsrat einen Gesetzentwurf zugehen lassen, wonach die Schiedsmannsordnung derart geändert wird, daß künftig auch Frauen zu Schiedsgeschäften bestellt werden können.

Ein allgemeines Naturschutzgesetz.

vdz. **Berlin,** 22. Juni. (Funkspruch) Im Unterrichtsausschuß des preußischen Landtages begründete Abg. Buchhorn (DV) einen Antrag, möglichst bald ein allgemeines Naturschutzgesetz vorzulegen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10 Jahre Festung für einen komm. Abgeordneten.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages lehnte den Antrag des Generalstaatsanwalts in Hamburg ab, wonach der kommunistische Reichstagsabgeordnete Urbahn zur Verbüßung der wegen des Hamburger Aufstandes im Jahre 1923 verhängten Festungsstrafe von 10 Jahren in Haft genommen werden soll. Die Verweigerung der Zustimmung des Reichstages zur Strafverbüßung kam mit 9 gegen 2 deutschnationale Stimmen zustande.

Lübecks neuer Bürgermeister.

wtb. **Lübeck,** 22. Juni. (Tel.) In der heutigen Senatssitzung wurde Senator Loewigt (Soz.) zum Vorsitzenden des Senats und zum Nachfolger des zurückgetretenen Bürgermeisters Dr. Neumann gewählt. Zum stellvertretenden Senatsvorsitzenden wurde, da von bürgerlicher Seite auf einen zweiten Posten verzichtet wurde, der Senator Hoff (Soz.) ernannt.

Rücktritt des luxemburgischen Kabinetts.

wtb. **Luxemburg,** 22. Juni. (Funkspruch.) Infolge des beständigen Abbröckelns seiner Majorität reichte Staatsminister Prüm die Gesamtdemission des Kabinetts ein.

Aufständische Bewegung in Sumatra.

wtb. **Amsterdam,** 22. Juni. (Funkspruch.) Aus Kotaratjah auf Sumatra wird gemeldet: Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Abteilung Polizisten und einem Trupp aufständischer Eingeborener im Bezirk Ober-Trocmon im Atjehgebiet wurden die Aufständischen mit schweren Verlusten in die Flucht geschlagen. Sie ließen 12 Tote auf dem Kampfplatz zurück. Die Truppenabteilung hatte nur 4 Leichtverletzte.

Verunreinigung der schiffbaren Gewässer durch Oel.

wtb. **London,** 22. Juni. (Tel.) Zur Frage der Verhütung der Verunreinigung der schiffbaren Gewässer durch Oel wurde anläßlich einer Anfrage im Unterhause von Regierungsseite erklärt, eine internationale Konferenz über diese Frage werde sich wahrscheinlich erübrigen, da es möglich sein werde, ein internationales Abkommen in dieser Frage ohne Abhaltung einer besonderen Konferenz herbeizuführen.

Der Eucharistische Kongreß.

wtb. **Chikago,** 22. Juni. (Tel.) Der zweite Tag des Eucharistischen Kongresses war den Frauen gewidmet und vereinigte im Stadion des Grant Parkes die größte weibliche Zuhörerschaft, die je in Amerika einer öffentlichen Versammlung beiwohnte. Unter den 180 000 Personen befanden sich nur 5000 Männer. Ein Frauenchor von 15 000 Personen, darunter 5000 Nonnen, wirkte bei der Feier mit. Kardinal Piffl hielt eine Rede in deutscher Sprache.

Inflation in China.

wtb. **Schanghai,** 22. Juni. (Tel.) Die schlimmste Folge des gegenwärtigen Militarismus ist das Ueberfluten des Landes mit Millionen von Papierdollar, die von den militärischen Machthabern in den verschiedensten Provinzen zur Ausgabe gebracht werden. Die Noten büßten nicht selten dreiviertel ihres Verlustes ein, aber die Soldaten, die mit diesen Scheinen entlohnt werden, zwingen die Kaufleute, das Geld als vollwertig anzunehmen. Unter dieser Inflation leiden besonders die Kaufleute und die ärmeren Schichten der Bevölkerung; besonders in den Provinzen Chihli und Schantung ist die Lage sehr schlimm. Die Pekinger Handelskammer überreichte gestern den Marschällen Tschangtsolin und Wupeifu, dem Ministerpräsidenten Yen und dem Gouverneur von Schantung, Tschangtsungschang, eine Bittschrift, **in der die Abhilfe dieser Uebelstände gefordert wird.**

Die deutsche Handelsbilanz im Mai.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Die Aktivität der deutschen Außenhandelsbilanz im Mai zeigt gegenüber dem Vormonat eine weitere Abschwächung. Der Ausfuhrüberschuß im Mai beträgt insgesamt 25 Millionen RM, im reinen Warenverkehr 27 Millionen RM., gegen 56 Millionen RM. im April und 278 Millionen RM. im März.

Die reine Wareneinfuhr im Mai zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abschwächung um 20 Mill. RM. Während die Einfuhr an Lebensmitteln um 14,6 Mill. RM. zugenommen hat, weist die Einfuhr an Rohstoffen eine Abnahme um 32,6 Mill. RM. auf; ebenso ist die Fertigwareneinfuhr leicht zurückgegangen (um 2,8 Mill. RM.). Die reine Warenausfuhr zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 49,7 Mill. RM. Die Fertigwarenausfuhr ist gegenüber dem Vormonat um 49,4 Mill. RM. zurückgegangen. Die Ausfuhr an Lebensmitteln zeigt eine Abnahme um 2,8, die Ausfuhr an Rohstoffen eine Zunahme um 2,2 Mill. RM.

Im einzelnen ist folgendes zu berichten:

Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 14,6 Mill. RM. Einfuhrsteigerungen sind festzustellen hauptsächlich bei Weizen (um 15,6 Mill. RM.), Hafer, Kartoffeln; Abnahmen dagegen bei Butter, Fleisch und Reis.

Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 32,6 Mill. RM. auf. Die Textilrohstoffeinfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 12,1 Mill. RM. (darunter Wolle mit 4,2, Baumwolle mit 9,7 Mill. RM.). Abnahmen weisen ferner auf Oelfrüchte und Oelsaaten (um 9 Mill. RM.), Mineralöle, nicht ölhaltige Sämereien und Steinkohlen.

Die Einfuhr an Fertigwaren zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat eine leichte Abschwächung (um 2,8 Mill. RM.). Die Einfuhr an Textilfertigwaren und Maschinen liegt um ein Geringes unter, die Einfuhr an Walzwerkserzeugnissen und Eisenwaren unwesentlich über der entsprechenden Einfuhr des Vormonats.

Die Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken weist gegenüber dem Vormonat eine geringfügige Abnahme (um 2,8 Mill. RM.) auf.

Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt gegenüber dem Vormonat eine unwesentliche Zunahme (um 2,2 Mill. RM.). Die Ausfuhr an Textilrohstoffen ist nahezu unverändert geblieben. Dagegen weist die Ausfuhr an Steinkohlen eine Zunahme um 13,7 Mill. RM. auf, während die Ausfuhr an Kalisalzen und Aluminium eine Abnahme zeigt.

Bei der Ausfuhr an Fertigwaren ist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 49,4 Mill. RM. festzustellen. An der Ausfuhrminderung sind hauptsächlich beteiligt: die Textilfertigwaren mit 8,2 Mill. RM., Walzwerkserzeugnisse und Eisenwaren mit 12,3 Mill. RM., Maschinen mit 11,7 Mill. RM., sowie Leder, Papier und Papierwaren.

Die Einfuhr an Gold und Silber zeigt im Mai gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 2,1 Mill. RM., die Ausfuhr ist ebenfalls leicht zurückgegangen.

Ruhrkredituntersuchungsausschuß des Reichstags.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses für die Ruhrkredite wurde die Vernehmung der Sachverständigen beendet.

Der Vorsitzende sagte zusammenfassend: Wenn die Belegschaft in der normalen Weise von ihrem Recht auf 12 Tage Urlaub Gebrauch gemacht hätte, so würde tatsächlich ein Teil des Mai-Ausfalles sich als ein Ausfall in den übrigen Monaten ausgewirkt haben. Darüber sind alle Sachverständigen einer Meinung.

Oberbergrat Herbig weist darauf hin, daß die Bergwerksbesitzer für erhaltene Entschädigungen nachher sogar noch Kohlensteuer bezahlen mußten.

Nach den Angaben des Regierungsvertreters ergibt sich, wie der Vorsitzende feststellt, eine Minderentschädigung von 37 Millionen, darunter 13 Millionen Minderentschädigung aus Pauschalierungen.

Sachverständiger Direktor Löffler berechnet nun in seinem Gutachten außer 33¼ Millionen Ueberzahlungen noch weitere Ueberzahlungen, so bei der Anrechnung der Abgeltung rückständiger Umsatzsteuer, beschlagnahmter Bestände 3 Millionen Mark.

Nach weiteren Fragen betonte Vorsitzender Abg. von Lindeiner-Wildau, daß man im allgemeinen sagen könne, daß Ueberzahlungen und Minderzahlungen sich aufheben.

Die weitere Erörterung wendet sich der Berechnung der dem Ruhrbergbau für die Bezahlung der Micumlieferungen gewährten Zinssätze zu. Der Vorsitzende stellt als Ergebnis fest, daß auch hier von einer Ueberzahlung nicht gesprochen werden könnte. Damit ist die Vernehmung der Sachverständigen beendet.

Der Ausschuß vertagt dann die Verhandlung auf Samstag.

Die Steuervorauszahlungen für den 10. Juli.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Die Finanzämter wurden angewiesen, die Einkommensteuerbescheide und die Körperschaftssteuerbescheide möglichst bis zum Julivorauszahlungstermin zuzustellen. Nach dem Empfang des Steuerbescheides haben die Pflichtigen die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftssteuer nicht mehr selbst zu berechnen. Auch die Abgabe von Voranmeldungen für die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer fällt weg. Die Vorauszahlungen sind nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Um Zweifel darüber auszuschließen, ob dies auch für Steuerpflichtige gilt, die einen Steuerbescheid vom 10. bis 17. Juli, also innerhalb der Schonfrist, erhalten, wurde die Schonfrist allgemein bis zum 24. Juli verlängert. Wer bis zum 17. Juli einschließlich einen Steuerbescheid erhalten hat, hat die Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer ebenfalls nach dem Steuerbescheid zu entrichten. Steuerpflichtige, die bis zum 17. Juli einen Einkommensteuerbescheid oder einen Körperschaftssteuerbescheid noch nicht erhalten haben, müssen die Vorauszahlungen nach der zweiten Steuernotverordnung und dem Steuerüberleitungsgesetz, in der Regel also nach den Betriebseinnahmen, dem Umsatz oder dem Vermögen leisten. Hierbei gelten die bisherigen Anordnungen weiter. So können insbesondere buchführende Gewerbetreibende, denen bis zum 17. Juli ein Steuerbescheid noch nicht zugestellt ist, die für den 10. Juli zu leistende Vorauszahlung vorläufig in Höhe eines Viertels des Betrages entrichten, der sich nach der beim Finanzamt abgegebenen Steuererklärung als Steuerschuld ergibt. Führt die Veranlagung zu einer höheren Steuerschuld, so ist der Unterschiedsbetrag zwischen der geleisteten Vorauszahlung und der sich nach dem Steuerbescheid ergebenden Vorauszahlung innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheids nachzuzahlen. Die Verlängerung der Schonfrist gilt im Interesse der Steuerpflichtigen diesmal ausnahmsweise auch für die Umsatzsteuer.

Rechtsausschuß des Reichstages.

bb **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute zunächst mit dem völkischen Antrag auf Aufhebung des Republikschutzgesetzes. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, die Zuchthausstrafen und die Mußbestimmung über die Ausweisung bestrafter Ausländer zu streichen. Die Völkischen beantragten die Streichung der Bestimmungen, die sich auf Verbote von republikfeindlichen Versammlungen, Kundgebungen und Organisationen beziehen. Staatssekretär Zweigert erklärte, gegen den sozialdemokratischen Antrag habe die Regierung keine Bedenken, wohl aber gegen den völkischen. Der ursprüngliche Antrag der Völkischen auf Aufhebung des ganzen Republikschutzgesetzes wurde mit 17 gegen die 9 Stimmen der Deutschnationalen und Völkischen abgelehnt. Auch die weiteren Anträge verfielen der Ablehnung mit Ausnahme des sozialdemokratischen. Das Ergebnis der zweiten Beratung ist also, daß aus dem Republikschutzgesetz nur die Bestimmungen gestrichen werden, die Zuchthausstrafen und die Ausweisung von Ausländern vorschreiben.

Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung der Gesetzentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern. Der Vorsitzende Kahl (DVp.) sprach den dringenden Wunsch aus, daß die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien aus Anlaß des Volksentscheids bei den kommenden Ausschußverhandlungen keine Nachwirkungen zeigen möchten, zumal da alle Parteien ein Interesse an der sachlichen und schleunigen Beratung hätten.

Schulte (Ztr.) führte aus. Das Ergebnis vom 20. Juni hat eine Lage geschaffen, die die Tatsache nicht ändert, daß nach wie vor die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern die ernsteste, wichtigste politische Frage bleibt. Das ganze Volk nimmt an dieser Frage leidenschaftlichen Anteil. Der Reichstag wird das größte Interesse an einer alsbaldigen Lösung haben müssen, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Die notwendige Aussprache zwischen den Parteien hat bisher noch nicht stattfinden können. Darum liegt es gerade im Interesse einer schleunigen Erledigung der Sache, wenn wir heute noch nicht in eine materielle Beratung der Sache eintreten, um für diese Verhandlungen noch Raum zu gewinnen. Eine Vertagung um mehrere Tage halte ich aber nicht für möglich, sondern es ist wünschenswert, daß die Sache schon morgen auf die Tagesordnung kommt. Nach den früheren eingehenden Beratungen könnte auf eine allgemeine Aussprache wohl verzichtet werden.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Auch wir wünschen die schleunige Beratung und Entscheidung, zumal da die beiden Sperrgesetze bereits am 30. Juni ablaufen. Wir behalten uns vor, eine Verlängerung ihrer Geltungsdauer zu beantragen, wenn bis dahin eine **Erledigung der Vorlage nicht möglich sein sollte.** Wir werden Verbesserungsanträge stellen, die sich in der Richtung unserer schon früher gestellten Anträge bewegen, so daß auch wir auf eine Hauptaussprache verzichten können.

Neubauer (Komm.) verlas eine längere Erklärung seiner Fraktion, in der ausgeführt wird, die Kommunisten müßten im Namen der 15 Millionen Wähler, die für den Volksentscheid gestimmt haben, und der vielen weiteren Millionen, die durch terroristische Maßnahmen an ihrem Votum verhindert worden seien, dagegen protestieren, daß nun der Reichstag einen Gesetzentwurf annehme, der die Enteignung nicht durchführe, sondern die unberechtigten Ansprüche der Fürsten in den meisten Punkten befriedige. Die Lösung der Auseinandersetzungsfrage könne nicht durch das Parlament erfolgen, sondern die Versäumnisse der ersten Revolution müßten durch eine zweite Revolution mit außerparlamentarischen Mitteln wieder gutgemacht werden.

v. Richthofen (Dem.) erhebt Einspruch gegen den Inhalt der kommunistischen Erklärung, die vielen Millionen von Wählern, die für den Volksentscheid gestimmt hätten, ganz andere Absichten unterstelle, als sie bei der Stimmabgabe vorgelegen hätten. Der Redner erklärte, daß auch seine Freunde auf eine allgemeine Aussprache verzichteten und mit der Vertagung auf morgen einverstanden seien.

Nachdem der Vorsitzende Abg. Kahl (DVp.) festgestellt hatte, daß sämtliche Parteien auf eine allgemeine Aussprache verzichten, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen, morgen vormittag mit der Einzelberatung des Gesetzentwurfs zu beginnen.

Deutscher Reichstag.

214. Sitzung.

wp. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Im Reichstag wurde heute in allen drei Lesungen ein Gesetzentwurf angenommen, der die Regierung zu Erhebungen darüber ermächtigt, welche finanziellen Wirkungen die Staffelung der **Erwerbslosenunterstützungssätze** nach Lohnklassen haben würde. Ohne Aussprache wurde in allen drei Beratungen die **Novelle zum Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung** angenommen, wonach die Gesellschaftskapitalien wie in der Vorkriegszeit mindestens 20 000 Mark betragen müssen. Endlich wurde die dritte Beratung der Novelle zum **Reichsknappschaftsgesetz** angenommen und die Vorlage in namentlicher Abstimmung mit 320 gegen 58 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmte nur ein Teil der Deutschen Volkspartei. Die in Verbindung mit der Novelle beratene Vorlage der Regierungsparteien, die die Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes über die Kinderreichen auch auf die Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung übertragen will, wurden in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Beratung soll am Mittwoch stattfinden.

Der auf der Tagesordnung stehende **Gesetzentwurf, durch den ein Volksentscheid über Aufwertungsfragen als unzulässig erklärt werden soll,** wurde **zurückgestellt,** weil die Regierung erst heute abend in einer Kabinettssitzung nochmals zu der Vorlage Stellung nehmen will.

Es folgte die zweite Beratung der **Novelle zum Mieterschutzgesetz.** Die Redezeit zu diesem Thema wird auf eine halbe Stunde festgesetzt. Verbunden hiermit wird die zweite Beratung des von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Gesetzentwurfs über die Neuregelung der Bestimmungen bei Kündigung eines Mieters bei Grundstücken.

Abg. Lipinski (Soz.) wandte sich gegen eine Lockerung des Mieterschutzes.

Die Weiterberatung wurde hierauf auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Preußischer Landtag.

185. Sitzung.

vdz. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Volksentscheidpause steht als einziger Punkt die zweite Beratung des Polizeietats.

Eine kommunistische große Anfrage, die unter Bezugnahme auf die Zusammenstöße beim Volksentscheid das Staatsministerium fragt, was es in Zukunft zu unternehmen gedenkt, um dem die Arbeiterschaft schwer bedrohenden bewaffneten Terror der monarchistischen Verbände wirkungsvoll entgegenzutreten und deren Entwaffnung durchzuführen, wird mit der Beratung verbunden.

Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) empfiehlt als einer der Berichterstatter die Annahme eines Antrages, wonach auf die Reichsregierung eingewirkt werden soll, daß sofort die Schritte dahin unternommen werden, daß sämtliche deutsche politische Gefangene, die von den Besatzungsgerichten verurteilt sind, aus der Strafhaft entlassen werden.

In der allgemeinen Besprechung spricht **Abg. Marckwald** (Soz.) namens der Sozialdemokraten herzliche Wünsche für die Wiedergesundung Severings aus. — An sich sei es ja Sache der Kommunen, für ihre Beamten einzutreten, aber die Selbstverwaltung dürfe nicht soweit gehen, daß eine hartnäckige Kommune auch gegen ihre Schutzpolizeibeamten einfach ihren sozialen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Sozialdemokraten wendeten sich gegen den Kadavergehorsam, wünschen aber, daß die rechtmäßigen Befehle der Vorgesetzten unbedingt ausgeführt würden. Der militärische Drill sei jedoch abzulehnen. Zu fordern sei die Ausschließung aller Polizeibeamten, die keine innere und geistige Beziehung zur Republik finden können. (Sehr wahr! links und Beifall.)

Abg. Borck (DN.) verlangt eine präzise Auskunft über die Städte, für die eine Verstaatlichung der Polizei vorgesehen ist. Die Sozialdemokraten wollen Schluß machen mit dem Berufsbeamtentum, um politisch mißliebige Beamte einfach entlassen zu können. Das sei der Bankerott der Demokratie. (Sehr wahr! rechts, Gelächter links.) Meine Partei fordert eine Garantie in dem kommenden Gesetz, daß solche Entfernungen aus politischen Gründen nicht möglich sind. Die Beamten verdienten größten Dank und Anerkennung. Die Unterbringung der Polizei spottet teilweise jeder Beschreibung. Der Redner fragt, ob es zutreffe, daß dem Polizeivizepräsidenten in Berlin allzu reichliche Verkehrsmittel, hauptsächlich Autos, zur Verfügung stehen.

Abg. Stieler (Z.) fordert eine anderweitige Regelung der Polizeikosten und eine einheitliche Ausbildung der Polizei. **Die Beamten des Polizei, die so schweren Dienst**

zu leisten hätten, müßten durch auskömmliche Bezüge und eine gute Diensteinteilung Erleichterung erhalten. Die Regierung habe dafür zu sorgen, daß die staatsfeindlichen Organisationen nicht in der Schutzpolizei Propaganda treiben dürfen. Das gilt besonders für die Kommunisten. (Zurufe bei den Kommunisten: „Scharfmacher!“) Leute, die den Umsturz auf ihre Fahnen geschrieben hatten, dürften in der Polizei nicht agitieren.

Abg. Metzenthien (DVp.) erklärt, in dem Etat sind noch nicht alle Wünsche erfüllt, aber er enthalte eine ganze Reihe von Höherstufungen. Die Polizei müsse von der Politik ferngehalten werden. Die Polizei müsse sich an die Verfassung und an die Gesetze halten. Das ist in den letzten Tagen nicht geschehen. Die Staatspolizeiordnung schreibe z. B. vor, daß die Durchsuchung von Papieren, die bei Haussuchungen gefunden werden, nur Sache der Gerichte ist. Der Redner richtet die Frage an die Regierung, ob die Beamten bei den Haussuchungen nach dieser Bestimmung gehandelt haben. Die Regierung müsse darauf antworten und die Beamten, die sich vergangen haben, zur Verantwortung ziehen. Der Redner schließt mit der Erklärung: So sehr wir die Arbeit der Polizei anerkennen, so wenig Zutrauen können wir zu ihrer politischen Führung haben. (Bravo! rechts, Zurufe auf der Rechten: „Die Regierung schweigt!“)

Abg. Kasper (Komm.) wendet sich gegen die Kasernierung der Polizeibeamten.

Abg. Barteld-Hannover (Dem.): Der Abg. Borck (DN.) habe der Kriminalpolizei vorgeworfen, daß sie bei den jüngsten Putschhaussuchungen ihre Befugnisse überschritten habe. Das muß zurückgewiesen werden. Denn wenn auch nur der Verdacht hochverräterischer Handlungen vorliegt, so hat die Polizei die Pflicht, energisch einzuschreiten. (Sehr wahr links.) Entscheidend seien bei einem solchen Vorgehen die vorliegenden Verdachtsmomente. Es sei eigenartig, daß ein preußischer Richter die beschlagnahmten Papiere wieder zurückgegeben hat, obwohl das Verfahren vom Reichsgericht bereits eingeleitet war. Die Polizeibeamten dürfen sich als Staatsbürger politisch betätigen. Die republikfeindlichen Elemente müßten aus der Polizei entfernt werden. Zum Schluß verlangt der Redner strengste Durchführung des Verbots des Kleinkaliberschießens, gute Ausbildung der Polizeibeamten und ausreichende Besoldung.

Abg. Schwenk-Oberhausen (WV.) unterstützt die Beamtenwünsche und wendet sich gegen die Ablehnung des Drills durch den Abg. Marckwaldt. Disziplin und Uebungen hätten noch niemand geschadet. Die Polizei hat heute einen viel schwereren Dienst als früher, der allein schon durch die gesunkene Moral bedingt sei, aber auch infolge der ständigen Reibereien zwischen den Organisationen und Verbänden. Im übrigen sollten sich die Polizeibeamten möglichst der Politik fernhalten. Wer bewußt gegen den Staat wirkt, müsse aus der Polizei entfernt werden.

Ministerialdirktor Dr. Abegg: Der scharfen Kritik an der Leitung der Polizei kann ich nicht zustimmen, denn wenn die Beamten gut sind, die von ihren Führern dazu erzogen wurden, so liegt in der Anerkennung für die Polizei auch eine solche für die Polizeileitung. Es gilt, die wirtschaftliche Lage der Beamten zu verbessern. Verbandswesen und Vereinigungsfreiheit sind seitens des Innenministeriums nach jeder Richtung hin anerkannt worden. Mit aller Deutlichkeit erkläre ich: Die öffentlichen Protestversammlungen der Polizeibeamten sind nach Ansicht des Ministeriums durchaus unzweckmäßig, da von seiten bestimmter Redner die Gelegenheit benutzt wird, von unverantwortlicher Stelle aus mit Versprechungen die gesamte Beamtenschaft zu erregen. Das sind Mittel, die tief bedauerlich sind. Wir müssen von dem gesunden Sinn der Beamtenschaft verlangen, diese Worte auf das rechte Maß zurückzuführen. Berechtigten Klagen wird abgeholfen. Der Vorwurf der einseitigen Haltung der Polizei z. B. gegen die Arbeiterschaft hat auch nicht die Spur eines Anhalts für sich. Wir werden dafür sorgen, daß die Polizei unparteiisch ihres Amtes waltet. Das aber kann immer wieder betont werden: Eine Polizei bedarf einer straffen Zucht und Disziplin. Deshalb braucht noch kein militärischer Drill zu bestehen. Militärische Uebungen sind verboten. (Gelächter bei den Kommunisten und Zurufe.) Der Redner schließt mit der Feststellung, daß die Polizei ihre Pflicht im vollsten Maße erfüllt habe.

Abg. Gieseler (Völk.) empfiehlt den Antrag seiner Fraktion, der von den Deutschnationalen unterstützt wird und das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß alle Mittel angewendet werden, um die im Zuchthaus zu Kowno aus politischen Gründen eingekerkerten jungen Deutschen zu befreien.

Abg. Rabe (Dem.) trägt Wünsche der Assistenten und Sekretäre vor. Die Aufsichtsbeamten für die Landjägerei müßten tunlichst aus diesen selbst entnommen werden.

Abg. Bretle (D.-Hann.) fordert die Herauslassung der Polizei aus dem politischen Kampf. Eine freudige Mitarbeit sei notwendig deshalb müßte man ihnen auch die notwendigen Existenzmittel geben.

Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmungen finden später statt. Mittwoch 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Hauszinssteuer und Vorlage über Reichsratsstimmen mit Abstimmungen. — Schluß 5,45 Uhr.

Die Fürstenabfindungen.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Zur Frage des Fürstenabfindungsgesetzes hatte Reichskanzler Dr. Marx heute nachmittag Besprechungen mit den Führern der sozialdemokratischen und der deutschnationalen Reichstagsfraktion, den Abg. Müller-Franken und Graf Westarp. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger erfährt, hat die Besprechung mit dem sozialdemokratischen Fraktionsführer zu einer Klärung der parlamentarischen Lage noch nicht geführt. Ueber das Schicksal der Vorlage wird sich erst größere Klarheit ergeben, wenn die Einzelberatung im Rechtsausschuß weitere Fortschritte gemacht hat, also erst in einigen Tagen. Auch die Besprechung mit dem deutschnationalen Fraktionsführer hat noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt.

pw. **Berlin,** 23. Juni. (Funkspruch.) Zu den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen berichten die Blätter: Die sozialdemokratische Fraktion hat eine größere Anzahl von Anträgen zu der Vorlage über die Fürstenabfindungen eingereicht, die sich mit der Zusammensetzung des Sondergerichts befassen und fordern, daß sämtliche Richter vom Reichstag zu wählen seien und daß vier der Richter Laien sein müßten. Ferner beantragte die Fraktion, daß das Gericht nicht lediglich auf Antrag einer Partei tätig sein dürfe, daß es vielmehr von Amts wegen die Auseinandersetzungen vorzunehmen habe, um zu vermeiden, daß die praktische Anwendung völlig in das Ermessen der einzelnen Länder gestellt werde. In Fällen bereits erfolgter Auseinandersetzungen soll das Gericht auch im Gegensatz zu der Regierungsvorlage auf Antrag einer Partei beschließen können. Auch dürfe das Gericht nicht durch früher ergangene Urteile gebunden sein, um Urteile aus der Zeit vor der Revolution aufheben zu können. Schließlich beantragt die sozialdemokratische Fraktion, daß sämtliche Kronfideikommiß- und ähnliche Renten ohne Entschädigung fortfallen sollen.

Die Forderungen der Deutschnationalen betreffen im wesentlichen die Punkte, die eine Verfassungsänderung bedeuten. Dem Lokalanzeiger zufolge haben die Deutschnationalen zu erkennen gegeben, daß für sie das Kompromiß unannehmbar sein würde, wenn es durch Berücksichtigung sozialdemokratischer Wünsche abgeändert würde. Auch ohne solche Abänderungen würden die Deutschnationalen ihre Zustimmung noch von einigen wichtigen Aenderungen im Sinne der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Verfahrens bei der Auseinandersetzung mit den Fürsten abhängig machen.

Sitzung des Reichskabinetts.

wtb. **Berlin,** 23. Juni. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx erstattete gestern abend dem Reichskabinett Bericht über seine Verhandlungen mit den Parteien in der Fürstenabfindungsfrage. Das Kabinett beschäftigte sich weiter mit der Frage des Gesetzentwurfs gegen das Aufwertungsbegehren. In der Wahl Dorpmüllers wird das Kabinett in seiner heutigen Sitzung Stellung nehmen.

Politische Umschau

Jugendausschuß des Reichstages.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Der Jugendausschuß des Reichstages beriet das Gesetz über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten in erster Lesung zu Ende. Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, worin die Reichsregierung ersucht wird, durch Stellung von Reichsmitteln und durch Einwirkung auf die Länder dahin zu wirken, daß Verbände und Vereine (einschließlich der konfessionellen), Schulen und Jugendämter, die für unsere Jugend gute Darstellungen bieten, mehr als bisher gefördert werden.

Kommunistische Unruhen in Sagan.

wtb **Sagan,** 22. Juni. (Tel.) Gestern abend versuchte eine Rotte des Roten Frontkämpferbundes, die im hiesigen Gefängnis sitzenden Genossen zu befreien. Sie zog vor das Amtsgerichtsgebäude und verlangte die Befreiung der wegen tätlichen Angriffs auf die Polizeibeamten inhaftierten Genossen. Die Polizei trieb die Menge mit Gummiknüppeln auseinander. Da die Roten Frontkämpfer in Sagan Terror ausüben, wurden Polizeimaßnahmen angeordnet. Gegen weitere Ausschreitungen soll mit aller Entschiedenheit vorgegangen werden.

Politische Zwischenfälle in Hirschberg.

wtb. **Hirschberg,** 22. Juni. (Tel.) Gestern abend marschierte eine Abteilung des Stahlhelm unter Mitführung von Fahnen durch die Stadt. Der Zug wurde von einer großen Menschenmenge unter Führung von Kommunisten angegriffen, mit Steinen beworfen und gesprengt. Die an Zahl bedeutend geringeren Stahlhelmleute flüchteten in das Rathaus.

Das Pensionsgesetz.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet heute die Anträge der Abgg. Dr. Scholz (DVp.) und Genossen betr. die Novelle zum Pensionsgesetz vom 21. 12. 1920 und der Abgg. Schuldt-Steglitz (Dem.) und Genossen betr. die Beseitigung der Benachteiligung der Altruheständler im Pensionsergänzungsgesetz.

Abg. Dr. Scholz (DVp.) teilte mit, daß der Antrag Schuldt im Unterausschuß zurückgezogen worden sei, also nur der Antrag Dr. Scholz vorliege. Dieser Antrag fordert, dem Pensionsergänzungsgesetz vom 21. 12. 1920 folgende Bestimmung hinzuzufügen: „Ist die nach Maßgabe 40 dieses Gesetzes bemessene Pension geringer als die, welche den Beamten noch vor Inkrafttreten des Reichsbesoldungsgesetzes vom 20. April 1920 gewährt worden ist, so wird die letzte Pension an Stelle der ersteren bewilligt.

Oberregierungsrat Dr. Olscher macht auf die Klagen über die hohen Pensionslasten aufmerksam. Er erklärt, die Annahme des Antrages werde neue Unruhe schaffen.

Abg. Torgler (Komm.) beantragte, von dieser Regelung alle Offiziere der alten Armee auszuschließen.

Abg. Allekotte (Ztr.) bedauert, den Antrag ablehnen zu müssen, weil er eine befriedigende Lösung der Altpensionärklage nicht herbeiführe und aus der Annahme Konsequenzen absehbarer Art gezogen werden würden. Er hat aber die Regierung, erneut in eine sorgfältige Prüfung darüber einzutreten, ob und inwieweit die noch tatsächlich vorhandenen Härten beseitigt werden könnten.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Dr. Scholz (DVp.) angenommen. Der Ausschuß vertagte sich auf Mittwoch.

Der preußische Finanzhaushalt.

vdz. **Berlin,** 22. Juni. (Funkspruch.) Der Hauptausschuß des preuß. Landtags beriet am Dienstagabend den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung für 1926. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff teilte mit, daß das Jahr 1925 einen Mehreingang an Steuern von 134,5 Millionen gebracht habe, dem ein Minderüberschuß von 20,6 Millionen bei den Betriebsverwaltungen gegenüberstehe. Auf der Ausgabenseite sei ein Mehr von 95,8 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge zu verzeichnen, ferner eine Steigerung anderer Ausgaben in Höhe von 82,6 Millionen. Den Fehlbetrag von 168 Millionen hofft er, bis auf 60 Millionen durch Mehreinnahmen aus Betriebsverwaltungen und durch Kürzung von Ausgabensätzen decken zu können. Der Rest von 60 Millionen müsse bei den Hoheitsverwaltungen gespart werden. Von der 150-Millionenanleihe, die der Landtag beschlossen habe, seien bisher nur zweimal je 30 Millionen im Inland flüssig gemacht worden. Wegen weiterer Beträge hätten Verhandlungen mit amerikanischen Firmen stattgefunden, die im Herbst fortgesetzt würden. Bei der Hauszinssteuer rechne er für Staatsbedürfnisse mit einem Betrag von 286,2 Millionen. Das sei erheblich weniger, als erwartet worden sei. Alle Länder müßten ihr Bestreben darauf richten, daß ihnen das Recht gegeben werde, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben. Der Finanzminister hält eine Verlängerung des jetzigen Grundvermögensteuergesetzes bis zum 31. März 1927 für erforderlich. — Hierauf werden die einzelnen Kapitel und Titel mit den vom Staatsministerium vorgeschlagenen Aenderungen bewilligt.

Unwetter überall.

Unwetter über Berlin.

wtb. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Bei dem Gewitter, das mit einem wolkenbruchartigen Regen über Berlin niederging, schlug der Blitz an zahlreichen Stellen ein. Verschiedentlich wurden große Ueberschwemmungen durch den Regen hervorgerufen. Die Berliner Feuerwehr mußte in verschiedenen Fällen eingreifen. Besonders schwer wurden die Außenbezirke Berlins von dem Unwetter heimgesucht. Glücklicherweise sind Menschenleben nicht zu Schaden gekommen.

Gefährdung des Stettiner Odertals durch Hochwasser.

wtb. **Stettin,** 22. Juni. (Tel.) Die neue Hochwasserwelle der Oder droht jetzt auch dem bisher vom Hochwasser weniger betroffenen Gebiet der unteren Oder bei Stettin gefährlich zu werden. Die Oderortschaften von Schwedt abwärts sind, da das Wasser nur noch einen Fuß unter den Deichen steht, sehr bedroht. Die Schleusen in dem Wiesengelände mußten bereits geöffnet werden. In den Oderdörfern oberhalb Stettins reicht das Wasser weit bis in die Vorgärten der tiefer gelegenen Ortsteile. Das Wasser steigt noch. Viele Gewitter mit starken Regengüssen erhöhen die Ueberschwemmungsgefahr.

Schwere Gewitter in Dresden.

wtb. **Dresden,** 22. Juni. (Tel.) Heute sind über Dresden mehrere Gewitter niedergegangen, die von heftigen Regengüssen begleitet waren. Der Blitzschlug in der Neustadt in die Oberleitung der elektrischen Straßenbahn, so daß der Verkehr fast zwei Stunden unterbrochen werden mußte. Das Hochwasser der Elbe ist jedoch im Abflauen begriffen. Der hiesige Pegelstand betrug 7 Uhr abends 3,90 Meter.

Schwere Gewitter im Breisgau.

wtb. **Freiburg i. Br.,** 22. Juni. (Funkspruch.) Im Verlauf eines außerordentlich heftigen Gewitters wurde heute nachmittag bei Frieserheim (Amt Lahr) ein Landwirt, der unter einem Baume Schutz gesucht hatte, vom Blitz erschlagen. Das Unwetter, das den ganzen Breisgau heimsuchte, hat den bei früheren Unwettern angerichteten Schaden noch erheblich vergrößert, insbesondere durch den Hagel, der außerordentlich stark und groß niedergegangen ist. Auch auf dem Hochschwarzwald gingen heute nachmittag schwere Unwetter nieder, wobei durch Blitzschlag mehrfache Brände verursacht wurden.

Wolkenbruch.

wtb. **Rottweil,** 22. Juni. (Tel.) Heute vormittag ging über Rottweil unter Blitz und Hagel ein Wolkenbruch nieder, der namentlich in der Altstadt verheerend wirkte. Das Wasser drang in die Häuser und Ställe ein, so daß das Vieh bis zum Halse im Wasser stand. Das Großvieh konnte von der Feuerwehr geborgen werden, aber viel Kleinvieh ist ertrunken. Hausrat, Möbel und Erntevorräte sind weggeschwemmt worden. Der Schaden ist sehr groß. Die Straße von der Altstadt nach Rottenmünster stand noch nachmittags unter Wasser.

Schwere Unwetter in der Schweiz.

wtb. **Bern,** 23. Juni. (Funkspruch.) Ueber verschiedene Gegenden der Nord-, West- und Ostschweiz gingen am Dienstag außerordentlich heftige Gewitter mit wolkenbruchartigem Regen nieder. Vielfach traten die Flüsse über die Ufer und setzten die Ortschaften unter Wasser. In einzelnen Dörfern der Ostschweiz wurden die Saaten und die Obstbaumkulturen durch Hagelschlag vernichtet. Der durch das Gewitter angerichtete Schaden ist erheblich.

Aus Nah u. Fern.

Die Explosion in Kalscheuren.

wtb. **Köln,** 22. Juni. (Tel.) Drei bei dem Großfeuer der Dachpappen- und Asphaltfabrik Beer u. Söhne in Kalscheuren durch Brandwunden schwer Verletzte sind verschieden. Die Gesamtzahl der Toten beläuft sich damit auf vier.

Veruntreuung eines Stadtrates.

wtb. **Frankfurt a. M.,** 22. Juni. (Tel.) Der frühere Landrat des Kreises Weilburg an der Lahn, der jetzige Geschäftsführer der Arbeiterherberge GmbH., Langgemach, der dem Magistrat der Stadt Frankfurt als unbesoldeter Stadtrat angehört, hat 45 000 Mk. zuungunsten der Gesellschaft verurtreut, wie verlautet, zur Deckung seiner Schulden aus Rennwetten. Bei der Staatsanwaltschaft wurde gegen Langgemach Anklage erstattet. Sein Mandat als unbesoldeter Stadtrat und sonstige Ehrenämter hat er bereits niedergelegt. Er gehörte dem Kommunallandtag als Vertreter der sozialdemokratischen Partei an.

Die Fleischvergiftungen in Kalkwerke-Rüdersdorf.

pw. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Wie die Blätter zu den Fleischvergiftungen in Kalkberge-Rüdersdorf mitteilen, sind nach den amtlichen Feststellungen insgesamt 124 Personen unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Bei allen Erkrankten besteht keine Lebensgefahr. Die bakteriologische Untersuchung des Fleisches, von dem die Erkrankten gegessen haben, ergab, daß darin der sogen. Gärtner-Bazillus, der zur Paratyphusgruppe gehört, gefunden wurde. Von der Sanitätspolizei sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden, um die Weiterverbreitung der Krankheit, die sich vor allem durch starken Brechdurchfall bemerkbar macht, zu verhindern.

Die Germendörfer Mörder zum Tode verurteilt.

pw. **Berlin,** 22. Juni. (Tel.) Heute wurden der 20jährige Arbeiter Gose und der 25jährige Arbeiter Laabs, die am 16. August v. Js. den 60jährigen Materialwarenhändler Lohmeyer in Germendorf bei Oranienburg mit großer Rohheit töteten, um sich den Betrag für eine Motorradreparatur in Höhe von 80 Mark zu verschaffen, wegen gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Durchsuchung des Eisenbahnbetriebsamts Frankfurt a. d. Oder.

pw. **Berlin,** 22. Juni. Die Voss. Ztg. meldet, daß im Schreibtisch des verhafteten Eisenbahninspektors Jungling vom Eisenbahnbetriebsamt Frankfurt a. d. Oder Material gefunden wurde, das für andere Eisenbahnbeamte derart belastend ist, daß sich die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei zu einer Durchsuchung des gnzen Betriebsamtes entschlossen haben.

Die letzten Funkmeldungen

vom 23. Juni 1926 von 1—3 Uhr nachts.

Eisenbahnunglück bei Wiesdorf.

wtb **Köln,** 23. Juni. (Funkspruch.) Gestern nacht gegen 12 Uhr stieß ein von Köln kommender Personenzug auf dem Bahnhof Küppersteg auf einen im Nebengleis haltenden Güterzug auf. Ein Reisender wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich. Ungefähr zwei Stunden vorher war die Lokomotive des Güterzuges entgleist. Der Verkehr konnte nach kurzer Unterbrechung wieder aufgenommen werden.

Zusammenstöße in Treptow bei Berlin.

pw. **Berlin,** 23. Juni. (Funkspruch.) Gestern abend gerieten, wie die Vossische Ztg. berichtet, Bismarckbündler und Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes in Treptow bei Berlin in eine Prügelei. Das herbeigerufene Ueberfallkommando der Polizei trennte die Streitenden und nahm insgesamt 25 Personen fest.

Feuer in einer ehemaligen Kaserne.

pw. **Berlin,** 23. Juni. (Funkspruch.) Nach einer Meldung des Berliner Lokalanzeiger brach am Dienstag im Dachgeschoß der früheren Encke-Kaserne in Magdeburg Feuer aus. Eine große Gefahr während des Löschens bedeutete die auf dem Boden der Kaserne lagernde Munition, von der ein Teil während des Brandes zur Entladung kam. Durch herabfallende Dachteile wurde ein Brandingenieur leicht am Kopfe verletzt. Nach vieler Mühe gelang es, des Feuers Herr zu werden.

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	21. Juni		22. Juni		v. dem
	Geld	Brief	Geld	Brief	Kriege
Buenos-Aires . .	1.697	1.701	1.694	1.698	1.78
Canada 1 Can. D.	4.199	4.209	4.199	4.209	
Japan	1.962	1.966	1.963	1.967	2.09
Konstantinopel 1 L.	2.23	2.24	2.23	2.24	18.45
England	20.414	20.466	20.414	20.466	20.43
New York 1 D. .	4.19	4.20	4.19	4.20	4.20
Rio de Janeiro .	0.653	0.655	0.664	0.666	1.63
Uruguay 1 Goldpf.	4.225	4.235	4.225	4.235	
Holland 100 Guld.	168.49	168.90	168.48	168.90	168.70
Athen 100 Drach.	5.19	5.21	5.19	5.21	81.00
Belgien 100 Fr..	12.02	12.06	11.77	11.81	81.05
Danzig 100 Guld.	80.95	81.15	80.96	81.16	81,07
Finnland 100 M.	10.55	10.59	10.56	10.60	81.00
Italien 100 Lire .	15.12	15.16	15.11	15.15	81.00
Jugoslawien . .	7.43	7.45	7.43	7.45	81,00
Dänemark 100 Kr.	111.26	111.54	111.29	111.57	112.53
Lissabon 100 Esc	21.37	21.42	21.37	21.42	4,50
Oslo 100 Kr. . .	92.71	92.95	92.78	93.02	112.50
Paris 100 Frk. .	11.98	12.02	11.71	11.75	81 06
Prag 100 Kr. . .	12.42	12.46	12.41	12.45	85.07
Schweiz 100 Frk.	81.17	81.37	81.21	81.41	81.00
Sofia. .100 Leva	3.07	3.04	3.02	3.03	81.00
Spanien 100 Pes.	68.61	68.77	68.16	68.34	81.00
Schweden 100 Kr.	112.52	112.80	112.61	112.89	112.50
Wien 100 Schill.	59.31	59.45	59.33	59.47	59.00
Budapest 100 000	5.86	5.88	5.87	5.89	85.60

Ein Goldschatz aus dem Mittelalter.

wp. **Frankfurt a. M.,** 22. Juni. Bei Erdarbeiten am Mainkai fand man in einer Sandschicht etwa 40 Goldmünzen, etwa in der Größe unserer heutigen 50-Pfennigstücke, die aus dem Mittelalter von verschiedener Herkunft stammen. Die Münzen sind aus purem Golde.

Ein Darmstädter Hochschulprofessor in der Tschecho-Slowakei interniert.

wtb **Darmstadt,** 23. Juni. (Funkspruch.) Professor Eberhardt von der Technischen Hochschule Darmstadt nahm mit dem Freiballon „Darmstadt“ als Führer, Ballonmeister Butler und Direktor Deju-Darmstadt als Passagieren an dem internationalen Freiballon-Wettflug in Münster teil. Der Ballon mußte nach etwa 14stündiger Fahrt landen. Infolge des dichten Nebels war dem Führer eine genaue Orientierung nicht möglich. Die Landung erfolgte etwa 30 Kilometer von der Grenze bei Saaz in der Tschechoslowakei. Während es Direktor Deju alsbald gelang, die Ausreiseerlaubnis zu erhalten, wurden Professor Eberhardt und Ballonmeister Butler interniert. Der Ballon „Darmstadt“ wurde beschlagnahmt. Es sind die notwendigen Schritte eingeleitet worden, um die Freigabe des Ballons und der Internierten zu erhalten.

Bestrebungen zur Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der Habsburger.

wtb. **Wien,** 23. Juni. (Funkspruch.) Wie die Blätter erfahren, hat sich die konservative Partei unter Berufung auf das Ergebnis des Volksentscheids in Deutschland an die hiesige Großdeutsche Volkspartei mit dem Ersuchen gewandt, ihrerseits in Oesterreich für die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der Habsburger einzutreten, weil die Gründe, welche gegen die Enteignung in Deutschland geltend gemacht wurden, auch für die Großdeutsche Volkspartei hinsichtlich der Aufhebung der Beschlagnahme in Oesterreich Geltung haben müßten.

Wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, wird sich die Großdeutsche Volkspartei mit der an sie gestellten Forderung für die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der Habsburgischen Fürsten einzutreten befassen. Großdeutsche Politiker erklären aber, ohne den Beschlüssen der Parteileitung vorgreifen zu wollen, daß die Sachlage in Oesterreich eine ganz andere sei, als in Deutschland.

Der Tod in den Bergen.

wtb. **Graz,** 23. Juni. (Funkspruch.) Wie die Blätter aus Admont berichten, ist der Wiener Tourist Kostrop in den Bergen tot aufgefunden worden. Die Leiche wurde von der Sattleralp zu Tal gebracht.

Bestrebungen zur Aufhebung der Beschlagnahme des Straßenbahnunfall in Wien.

wtb. **Wien,** 23. Juni. (Funkspruch.) Gestern abend stießen in Hirschstetten, einem Vorort von Wien, zwei Straßenbahnzüge auf einer eingleisigen Strecke zusammen, wobei 7 Personen verletzt wurden.

Gegen die Autonomisten in Elsaß-Lothringen.

wtb. **Paris,** 23. Juni. (Funkspruch.) Wie Haras aus Metz meldet, ist gegen drei Bürgermeister, die das Manifest des Heimatbundes unterzeichnet haben, Dienstenthebung für die Dauer eines Monats verfügt worden.

Stürmische Debatte im polnischen Sejm.

wtb. **Warschau.** 23. Juni. (Funkspruch.) Die gestrige Sitzung des Sejms begann mit der Verlesung des Briefes des Sejmmarschalls Rataj, worin dieser sein Rücktrittsgesuch begründete. Der Stellvertreter des Sejmmarschalls, der Sozialist Daszynski, ließ über dieses Rücktrittsgesuch abstimmen. Die Deutschen verließen vor der Abstimmung den Saal, da Rataj wenige Tage zuvor einen gegen die Deutschen gerichteten Aufruf des Westmarkenvereins unterzeichnete. Auch die Ukrainer und Weißrussen hatten den Saal verlassen. Bei der Abstimmung ergab sich, daß nur die nationale Arbeiterpartei, die Sozialisten und die Piastenpartei sich für Rataj erklärt hatten. Der Vorsitzende Daszynski glaubte hierin eine Mehrheit erkennen zu können. Einige Stunden später erklärte jedoch der Sejmmarschall brieflich an Daszynski, daß ihm diese Mehrheit nicht genüge und daß er auf seinem Rücktrittsgesuch bestehe. Hierauf wurde die Budget-Debatte durch eine Rede des Finanzministers Klarner eingeleitet. Klarner erklärte, die Regierung würde zurücktreten, wenn das Budget nicht spätestens bis Mitte des nächsten Monats angenommen sei. Nachdem noch einige Redner der verschiedensten Parteien gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Die Kommunisten und die Unabhängige Bauernpartei, die nicht zu Worte gekommen waren, verübten hierauf großen Lärm. Die Sitzung wurde schließlich unterbrochen und die Entfernung zweier Abgeordneter aus dem Saal angeordnet. Hierauf wurden die Tribünen für das Publikum und die Presse geräumt und die beiden widerspenstigen Abgeordneten aus dem Saal getragen.

Schwerer Zugzusammenstoß in der Tschechoslowakei.

wtb. **St. Martin** (Slowakei), 23. Juni. (Funkspruch.) Gestern mittag stieß infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Nach den bisherigen Meldungen wurden 27 Personen verletzt. Getötet wurde niemand.

Aus Stadt und Umgebung.

Muß die Richtigkeit der Angaben einer Steuererklärung bewiesen werden?

Wir entnehmen der Zeitschrift „Einzelhandel" folgende Ausführungen:

In einer neuen grundsätzlichen Reichsgerichtsentscheidung wird diese Frage verneint. Der Angeklagte wurde von der Strafkammer des Landgerichts Elberfeld von der Anklage der Steuerhinterziehung mit der Begründung freigesprochen, daß nicht mit Sicherheit festzustellen sei, daß die Steuererklärung die Angabe von Vermögen vermissen lasse. Gegen dieses Urteil hatten die Staatsanwaltschaft in Elberfeld und das Finanzamt Revision beim Reichsgericht eingelegt und ausgeführt, der Angeklagte habe den Beweis nicht erbracht, daß seine Angaben in der Steuererklärung richtig sind. Der höchste Gerichtshof hat die Revision jedoch verworfen. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsgründen hierzu wird unter anderem ausgeführt, daß sich die Anwendung des §173 der Reichsabgabenordnung auf das Steuerveranlagungsverfahren und das Festsetzungsverfahren beschränke. Dagegen habe der § 173 der Reichsabgabenordnung nicht die Wirkung, allgemein auch im Steuerstrafverfahren dem Angeklagten eine Beweislast für die Richtigkeit seiner Steuererklärung aufzubürden. Für das gerichtliche Strafverfahren in Steuersachen gelten die allgemeinen Vorschriften des Strafprozesses, soweit nicht durch die §§ 426 bis 442 RAO. oder durch Einzelbestimmungen für das Strafverfahren getroffen sind.

§ 173 RAO. sagt, daß der Steuerpflichtige die Richtigkeit seiner Steuererklärung auf Verlangen nachzuweisen hat. Wo die Angaben zu Zweifeln Anlaß geben, hat er sie zu ergänzen, den Sachverhalt aufzuklären und seine Behauptungen, soweit ihm dies nach den Umständen zugemutet werden kann, zu beweisen, z. B. den Verbleib von Vermögen, das er früher besessen hat. Aufzeichnungen, Bücher usw. sind auf Verlangen vorzuzeigen.

Wochenprogramm der Gesolei

Donnerstag, den 24. Juni 1926:

4,00 bis 7,00 Uhr nachm. und 8,00 bis 11,00 Uhr abends: Konzert des Gesolei-Orchesters auf dem Hauptfestplatz.

4,30 Uhr nachm.: Turnerische Vorführungen Düsseldorfer Volksschulen auf dem Sportplatz der Ausstellung.

5,00 bis 6,00 Uhr nachm.: Rhythmisch-gymnastische Unterrichtsstunde unter Leitung von Frl Hilde Senff, Düsseldorf, (Halle 83 a).

7,30 Uhr abends: Säbel- und Florettfechten des Düsseldorfer Fechtverbandes auf dem Podium am Sportplatz der Ausstellung.

9,45 Uhr abends: Großes Feuerwerk vor dem Hauptfestplatz. Gleichzeitig Beleuchtung der Ausstellungshallen und der Rheinbrücke. Spiel der großen Leuchtfontäne.

10,15 Uhr abends: Scheinwerfer und Blinkfeuer auf dem Feuerwehrturm.

Tagungen.

Vereinigung der Elektrizitätswerke Deutschlands (Haupttagung Kaisersaal, Tonhalle).

Bund deutscher Architekten (Breidenbacher Hof).

Alkoholgegnerische Arbeitsgemeinschaft (Hauptrestaurant).

V. Wohlfahrtsverband (Sitzungszimmer der Hauptverwaltung).

Schwerte, den 23. Juni.

÷ **Die Leiche** des Redakteurs Wiesemann-Hörde wurde heute morgen von Arbeitern der Fa. Wimmler u. Gärtner in der Ruhr oberhalb Haus Ruhr gefunden und geborgen. Die Leiche wird vorläufig nach Westhofen überführt, wo sie von den Angehörigen abgeholt wird.

÷ **Zusammenstoß.** Heute morgen fuhr eine Dampfwalze die Brückstraße hinauf; gleichzeitig kam ein Lastauto mit Anhänger die Brückstraße hinuntergefahren. Da die Dampfwalze nicht vorschriftsmäßig, sondern auf der Mitte der Straße fuhr, und das Lastauto nicht mehr zum Stehen gebracht werden konnte, fuhren beide mit großer Wucht zusammen. Das Lastauto sowie seine Ladung, die aus Blumentöpfen bestand, wurde arg beschädigt, konnte jedoch weiterfahren. Das Weitere wird die nähere Untersuchung ergeben.

÷ **Interessanter Vortrag.** Am kommenden Freitag spricht im Evgl. Gemeindehause der auf dem Gebiete der Säuglingskunde und -forschung hervorragende Professor Dr. Engel über „Neuerungen auf dem Gebiete der Säuglingskunde". Dieses für alle Mütter so überaus wichtige Thema dürfte das größte Interesse in den weitesten Kreisen beanspruchen. Der Eintritt ist frei, und werden hoffentlich recht viele diese Gelegenheit benutzen, aus berufenem Munde über die Gefahren des Säuglings aufgeklärt zu werden.

÷ **Regimentsappell des ehem. Reserve-Inft.-Regts. 55.** Samstag, den 28. August und Sonntag, 29. August d. Js., findet wie vor 2 Jahren in Soest eine Zusammenkunft der Kameraden des ehem. Reserve-Inft.-Regts. 55 in Lippstadt statt. Als Sitz des während der letzten Kriegsjahre hier garnisonierenden Ersatzbataillons ist die an Sehenswürdigkeiten und Naturschönheiten reiche alte Stadt Lippstadt für eine solche Zusammenkunft besonders geeignet, zumal ihre zentrale Lage und ihre zentrale Bahnverbindung bequeme Hinfahrt erleichtern.

÷ **Marinekorpstag in Kiel.** In den Tagen vom 4. bis 6. September ds. Js. soll der Grundstein zu einem schlichten Ehrenmal gelegt werden, das zum Andenken an die in Flandern und Frankreich gefallenen Helden auf dem Marinesportplatz in Kiel-Wik, der den Namen „Flandern-Platz" führt, errichtet werden wird. Aus diesem Anlaß findet eine allgemeine Zusammenkunft der Flanderkämpfer in Kiel statt. Viele Marinekorps-Vereinigungen haben ihre Tagungen in diese Zeit verlegt, so daß mit dem Besuch einer großen Anzahl von Flanderkrieger zu rechnen ist. Mit der Durchführung der Tagung ist der Verein „Marinekorps Flandern", Kiel, beauftragt. Die Kosten sollen so gering wie möglich gehalten werden. An den genannten Tagen wird sich eine große Anzahl ehemaliger Flanderkämpfer um Admiral v. Schröder scharen und eine machtvolle Kundgebung der Kameradschaft, die in Flanderns Sumpf und Sand so Großes leistete, bieten. Anfragen aller Art und Anmeldungen sind zu richten an Kamerad Dr. Hanschke, Kiel, Kleinstraße 27.

÷ **Eine Ausstellung von Hunden aller Rassen** (Pfostenschau) wird der Verein der Hundefreunde am Sonntag, den 5. September cr. im Saal und Garten des Restaurants „Im Reiche des Wassers" abhalten. Zu dieser Schau ist es möglich, auch die nicht in ein Stammbuch eingetragenen Hunde auszustellen. Es ist ferner beabsichtigt, am genannten Tage eine Polizeihundevorführung der Schau anzugliedern, so daß der Tag für Schwerte und Umgegend ein Ereignis zu werden verspricht.

÷ **Mieterschutzfragen.** In Mieterschutzsachen hat das Kammergericht wieder einige bemerkenswerte Rechtsentscheide gefällt. Als Vergleichsräume bei Festsetzung der Friedensmiete sind Räume möglichst gleicher Art und Lage geeignet. Ueber einen Antrag auf Kostenerstattung kann auch dann in einem Ergänzungsbeschluß entschieden werden, wenn der Antrag erst nach der Sachentscheidung des Mieteinigungsamts oder der Beschwerdestelle gestellt worden ist.

÷ **Erleichterter Grundbuchverkehr in Aufwertungssachen.** Den Grundbuchverkehr in Aufwertungssachen will eine Verordnung des Reichsministers der Justiz erleichtern. Bei der Eintragung bedarf es nicht der gesetzlichen Verzinsungs- und Rückzahlungsbedingungen und Vorschriften. Wird bei der Wiedereintragung ein neuer Brief erteilt, so bedarf es eines Grundbuchvermerks über den Brief nicht. Weist das Grundbuch gelöschte Rechte auf, die notwendig sind, so ist ein Vermerk darüber in den Hypothekenbrief aufzunehmen. Darin ist die Zeit der Löschung und die Möglichkeit einer Wiedereintragung anzugeben. Die Vorschriften werden auch auf den Grundschuld- und Rentenschuldbrief angewandt.

÷ **Verbrecherarbeiten als Lehrstoff.** Als Lehrstoff für Landjägerei- und Polizeischulen sollen alle geeigneten Gegenstände überwiesen werden, die sich bei gerichtlichen Akten befinden, insbesondere Ueberführungsstücke. Die Amtsgerichte und die Staatsanwaltschaften sind jetzt angewiesen worden, derartigen Ersuchen der Schulen nach Möglichkeit zu entsprechen und auch ohne Ersuchen zu überlassen, dann aber vorher anfragen, ob sie erwünscht sind. Werden die Sachen schon vor der Vernichtung der Akten abgegeben, so ist dafür zu sorgen, daß nötigenfalls die Gegenstände schleunigst zu den Akten zurückgegeben werden können. Unberührt hiervon bleiben die Vorschriften für die Abgabe von Ueberführungsstücken an das Kriminalmuseum bei dem Polizeipräsidium in Berlin.

÷ **Freizügige Wartezeit der Wohnungssuchenden.** Ein Wohnungssuchender, der seinen Wohnungsort wechselt, wurde in die Wohnungsliste des neuen Wohnorts bisher nur in einzelnen Gemeinden mit Berücksichtigung der früheren Eintragung eingetragen. Eine allgemeine gleichmäßige Regelung der früheren Eintragung für das ganze Reichsgebiet scheitert daran, daß für die Wohnungslisten in den einzelnen Ländern, sogar in den einzelnen Gemeinden durchaus verschieden geführt werden. Der Wohlfahrtsminister hat jetzt folgende Bestimmung getroffen: Wechseln Wohnungssuchende aus dringenden wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen den Aufenthaltsort und waren sie an ihrem bisherigen Wohnort als Wohnungssuchende eingetragen, so ist ihnen die frühere Wartezeit bei der Eintragung in die Wohnungsliste der neuen Gemeinde angemessen anzurechnen. Die Wartezeit muß vom Wohnungsamt bescheinigt werden.

÷ **Wer wählt für Waisen zum Elternbeirat?** Die Elternbeiräte sollen reine Elternbeiräte sein. Wenn Zöglinge von Erziehungsanstalten, Waisenhäusern, Rettungshäusern usw. öffentliche Volksschulen besuchen, so steht deshalb das Recht zu wählen und gewählt zu werden den Eltern, für Halbwaisen dem lebenden Elternteile, für uneheliche Kinder der lebenden Mutterund nicht der Anstaltsleitung zu. Dagegen haben nach einer Verfügung des Volksbildungsministers die Leiter der Erziehungsanstalten für vater- und mutterlose Zöglinge, die öffentliche Schulen Besuchen, das Wahlrecht, wenn ihnen die elterliche Gewalt über diese Kinder zusteht.

÷ **Die Junglehrerhilfe des Westfälischen Lehrervereins.** In der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Westfäl. Lehrervereins sind Richtlinien für die Gewährung von Beihilfen aus der „Junglehrerhilfe des Westfälischen Lehrervereins" beraten worden, und zwar: 1. Die „Junglehrerhilfe des Westfäl. Lehrervereins" gewährt — nach Maßgaben der verfügbaren Mittel — Beihilfen an solche Junglehrer, denen keine oder nur unzureichende Mittel zum eigenen Unterhalte zur Verfügung stehen, und bei denen kein Dritter verpflichtet und in der Lage ist, sie zu unterhalten. Ein Recht auf Gewährung einer Beihilfe besteht nicht. — 2. Voraussetzung für die Gewährung einer Beihilfe ist: a) der Nachweis einer mindestens dreimonatigen Mitgliedschaft in einem Ortsverein des Westfäl. Lehrervereins, b) daß der Junglehrer regen Anteil am Vereinsleben nimmt, c) daß der Junglehrer sich verpflichtet, nach Möglichkeit in einer Schule in der Nähe seines Wohnortes zu hospitieren und an der im Bezirk bestehenden Arbeitsgemeinschaft zur Fortbildung der Lehrer teilzunehmen. — 3. Die Beihilfen werden nur auf Antrag gewährt. Zu diesem Zwecke ist ein Fragebogen auszufüllen. — 4. Jede Aenderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Antragstellers oder seiner Angehörigen ist dem Ortsverein umgehend mitzuteilen. — 5. Die Auszahlung der Beihilfen erfolgt durch den Vorsitzenden des Ortsvereins.

÷ **Expreßgut über die Grenze.** Ein zwischenstaatlicher Expreßgutverkehr ist im Personenverkehrsausschuß des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen vereinbart worden. Deutschland, Deutschösterreich und Ungarn haben zugestimmt. Auch in anderen Ländern wie Italien sind Verhandlungen eingeleitet. Das Gut soll an der Grenze wie Reisegepäck abgefertigt werden, so daß es in der Regel ohne Unterbrechung mit dem Anschluß weiter befördert wird. Die Zollabfertigung soll weiter wie bei den Postsendungen vereinfacht werden. Zugelassen werden Gegenstände bis zum Gewicht von 100 kg. Die Haftung bis zu 15 ℳ für das kg beschränkt. Auf eine Karte können bis 5 Stück aufgeliefert werden. Der Absender kann den Zug angeben. Bei Ueberschreitung der Lieferfrist hat die Eisenbahn einen nachgewiesenen Schaden von 10 Pfennig für das kg für je 24 Stunden, höchstens 14 Tage und bis zur Höher der Fracht. ohne Schadennachweis die Hälfte zu zahlen.

÷ **Wochenmarkt.** Reges Leben und Treiben herrschte auf dem heutigen Wochenmarkte. Besonders reichlich beschickt war er mit Gemüse und frischem Obst. Die Preise waren folgende: Blumenkohl 35 u. 50 ₰, Zwiebel 10 ₰, Kohlrabi 10 ₰, Gurken 35 ₰, Erbsen 30 ₰, Gr. Bohnen 3 Pfd. 1 ℳ, Wurzel Bund 60 ₰, Spargel 50 u. 90 ₰, Stielmus 15 ₰, Salat 20 ₰, Kartoffeln 10 ₰, Kirschen 35 u. 40 ₰, Bananen 50 ₰, Erdbeeren 65 ₰, Eier 8 Stück 1 ℳ, Butter 1.60, Heringe 16—22 Stck. 1 ℳ, Schellfisch 35 ₰.

÷ **Wie wird das Wetter im Juli?** Nach den Prophezeiungen des berühmten Almanachs „Old Moore" in London soll der Juli d. Js. ungewöhnliche Hitzewellen über Europa schicken. — Sehen wir zu, ob diese „Voraussagen" eintreffen.

÷ **Wetterbericht der Wetterwarte Essen** vom 22. Juni. Das Tiefdruckgebiet ist gegen Mitteleuropa weiter vorgedrungen, als erwartet werden konnte, und hat den hohen Luftdruck teilweise abgesogen. Da wir nunmehr auf die Rückseite des Tiefs kommen werden, so haben wir in den nächsten Tagen mit veränderlichem, aber aufklärendem Wetter zu rechnen. In Deutschland herrscht heute morgen wolkiges bis bedecktes Wetter bei Temperaturen zwischen 15 und 21 Grad. — Wetteraussichten bis Donnerstag: Zunächst noch trübe und wolkig, später aber aufklärend bei etwas kühleren westlichen Winden, vorwiegend trocken.

---

1 **Holzen,** 23. Juni. (Sulvorstandssitzung). Unter dem Vorsitz des Amtmanns Arndt wurde folgendes beschlossen: Der Gemeindevertretung soll vorgeschlagen werden, für die Jugendpflege einen Raum zu schaffen bezw. den Bau eines Jugendheimes in Erwägung zu ziehen. Bis zur Vollendung des Baues soll ein Saal oder ein sonstiger geeigneter Raum angemietet werden. — Im Anschluß hieran fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt und zwar unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Jacobs. Den Beschlüssen des Schulvorstandes wurde zugestimmt. Vertretung nahm die Berichte des Amtsbaumeisters betr. Ausbau des Kränkelweges entgegen. Ferner wurde den Beschlüssen der Baukommission zugestimmt. Am Feuerwehrturm soll ein kleiner Stall errichtet werden. Die Errichtung eines Aufenthalts- und Geräteraumes auf dem Gemeindefriedhof wird beschlossen. Der Amtsbaumeister wird mit Ausschreibung der Arbeiten beauftragt. Zwecks Tilgung der Kosten soll ein Darlehen aufgenommen werden. Dem Antrage des kathol. Kirchenbauvereins Holzen betr. Niederschlagung der Lustbarkeitssteuer wird entsprochen. Zwecks Regelung der Angelegenheit betr. Lieferung von Gas für den Ortsteil Rosen seitens der Stadt Schwerte wird eine 4 gliedrige Kommission, bestehend aus den Herren Steinkühler, Gersema, Karlheim und Becker, gebildet. Ferner beschließt Vertretung gemeinschaftlich die Gesolei in Düsseldorf zu besuchen.

1 **Westhofen,** 23. Juni. Eine praktische Erfindung für Hausfrauen hat ein hiesiger Bürger gemacht. Es handelt sich um eine Wandkaffeemühle, die Bohnen oder Korn mahlt, je nachdem man links oder rechts herum dreht und zwar ohne daß man vorher umfüllen oder umstellen muß. Die Mühle ist unter dem Namen „Exsterno-Doppelmühle" im Handel.

1 **Westhofen,** 23. Juni. Eine Roheit sondergleichen wurde in der vergangenen Nacht von jungen Burschen auf der hiesigen Bahnhof- und Hochstraße verübt und zwar wurden die Kopiplatten der Einfriedungsmauer des alten Friedhofs abgedeckt, ferner ein Lattenzaun des Kaufmanns N. zum größtenteil abgebrochen. Noch andere Bürger mußten unter dem Vandalismus dieser rohen, anscheinend betrunkenen Burschen leiden. Noch vor einigen Wochen wurden derartige unglaubliche Taten verursacht. Hoffentlich werden diese Raufbolde gefaßt damit sie empfindlich bestraft werden.

1 **Westhofen,** 23. Juni. Auf dem hiesigen Fundbüro wurde ein junger wertvoller Schäferhund angemeldet. Der Eigentümer muß sich innerhalb 14 Tagen melden.

1 **Geisecke,** 23. Juni. Einen schweren Zusammenstoß hatten zwei Radfahrer und zwar zwischen der Eisenbahnunterführung und dem Hause Küppermann. Auf der abschüssigen Straße fuhren sich die Radfahrer im schnellen Tempo an, sodaß beide zu Fall kamen. Der Bergmann H. blieb besinnungslos liegen und mußte zum evgl. Krankenhaus transportiert werden. Dr. Becker aus Schwerte stellte einen doppelten Schädelbruch fest. Wer die Schuld an diesem Zusammenstoß trägt, ist noch nicht festgestellt.

1 **Syburg,** 23. Juni. Es ist in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden, daß auf dem Friedhof an verschiedenen Stellen die Asche von den Wegen zusammengescharrt und auf den Gruften verwendet worden ist. Eine derartige Handlungsweise ist wirklich nicht zu verstehen und wird der Gemeindevorstand gegen die Täter im Betretungsfalle vorgehen.

1 **Syburg,** 23. Juni. Die Unsitte ohne Licht zu fahren, wurde wiederum einem jungen Manne zum Verhängnis. Er befuhr des Nachts die abschüssige Straße am Friedhof und übersah dann natürlich, daß eine betrunkene Person die Straße für den Fahrradverkehr unsicher machte. Ein Zusammenstoß war daher unvermeidlich und im Moment wälzten sich beide im Staube, einer blieb bewußtlos liegen und mußte nach seiner Wohnung getragen werden. Noch in der gleichen Nacht wurde ärztliche Hilfe angefordert. Der Fahrer hatte schwere äußerliche Verletzungen erlitten und wurde mittels Auto nach Hause gefahren, während die angetrunkene Person eine leichte Gehirnerschütterung davon trug.

÷ **Holzwickede,** 23. Juni. Gute Aussichten für Karoline. Die traurigen Nachrichten über Stillegung der Zechen in den letzten Tagen dürften für uns Holzwickeder insofern gemildert werden, wenn man hört, daß noch nicht die geringste Aussicht besteht, unsere Zeche „Karoline" stillzulegen, denn noch täglich übernimmt die Zeche „Karoline" Bergleute von der stillgelegten Zeche „Margarete" in Sölde, ein Beweis für die Menge der Aufträge. Dazu kommt noch, daß man in diesen Tagen nach langem Suchen auch Fettkohle entdeckte. Karoline förderte bisher ausschließlich Magerkohle, jetzt legte man in einer Breite von 1.50 Mtr. das Fettkohlenflöz „Mausegatt" blank. „Karoline" fördert nun also Mager- und Fettkohle. Welche Vorteile die Fettkohle durch die Nebengewinnung bringt, dürfte wohl bekannt sein, denn durch die Förderung von Fettkohle ist dieGewinnung von Koks, Teer, Kunstdünger usw. verbunden. Ob die Verwaltung der Zeche „Karoline" diese Nebengewinnung wegen des einen Fettkohlenflözes ausbaut bezw. neu einrichtet, ist noch nicht bekannt; jedenfalls ist das Eine zunächst von Bedeutung, daß durch die Entdeckung des neuen Flözes wieder so und so vielen braven Knappen mehr ein Arbeitsplatz geschaffen wird. Wie reich die Aufträge sind, bezeugen auch die Haldenbestände, welche fast ganz verschwunden sind. Also der Gedanke an eine Stillegung unserer Zeche „Karoline" liegt noch in weiter Ferne und wird hoffentlich wohl nie zur Tat werden.

Vom Film.

Lichtspiele „Zur Reichskrone"

Nach langer Zeit zeigt uns wieder einmal die weiße Leinwand der „Reichskrone" den beliebtesten Filmstar der Neuzeit: „Jackie Koogan". Seine Art und Weise zu spielen ist eine Kunst, die jedem Filmfreund immer wieder gut gefällt. Hat doch „Jackie" in seiner Rolle als „Oliver Twist" wieder sein großes Können bewiesen. Es sollte daher niemand verläumen, der Reichskrone einen Besuch abzustatten und den „Jackie-Koogan-Film", der mit humoristischen Szenen gewürzt ist, anzusehen. — „Brodwah-Fieber": die Tänzerin, der Boxer und der Pressechef, so betitelt sich der amerikanische Schlager. Man kann sich bei diesem Film in echte amerikanische Art hineinleben. Sensation um Sensation wechseln in dem Film und halten uns in dauernder Spannung. — Eine vorzügliche Lustspieleinlage sorgt für Revolution in den Lachmuskeln. —— Alles in allem: das Programm der „Reichskrone" ist sehr gut gewählt und kann ein Besuch nur bestens empfohlen werden.

Handelsnachrichten.

Berliner börsenberichte vom 22. Juni.

Devisenmarkt. Spanische Währung sowie Frankenvaluten rückgängig.

Effektenmarkt. Zunächst fest, bei großen Auslandskäufen und Käufen aus der Provinz. Später nachgebend.

Produktenmarkt. Nordamerika hatte schwache Berichte gesandt, auch hatte England geringe Preisermäßigungen angezeigt, beides war nicht ohne Einfluß auf Brotgetreide geblieben. Weizen war genügend am Markt, Roggenmehl fand guten Absatz, trotz geringen Angebots. Hafer, Mais und Gerste hatten nur für den Verbraucher Interesse und wurden nur in kleinen Mengen erworben. Die Notierungen waren unverändert. Das gleiche ist bei den Hilfsfutterstoffen der Fall. Oelsaaten fast ohne Beachtung.

Verantwortl. für Unterhaltung u. Wissen, Theater, Konzert, Turnen u. Sport: Th. Schäfers, Schwerte.

Die kurze Sommerjacke, Gürtel- und Blusenkleider



Die blütenbunten Sommerstoffe umhüllen in weicher, anmutiger Stoffülle die jugendlich schlanke Gestalt der Frau, die nunmehr alles Burschikose, Gaminhafte ablehnt. Nur dem Sport bleibt naturgemäß der strengere knabenhafte Typus erhalten. Wie kleidsam sind die duftigen Spitzen und Jabots am Halse und die Puffen und Bauschen am Handgelenk! Der garnierte Aermel machte den Anfang, nun bauscht sich auch das Leibchen. Damit ist die Betonung der Taille gegeben. Und zwar finden wir den Blusenbausch in normaler Taillenhöhe. Der Oberkörper erscheint dadurch kürzer und breiter. Die geraden, langen Jumper werden durch schmale Gürtel ziemlich hoch zusammengehalten. Beim sommerlichen Blusenkleid ersetzt man den Gürtel durch ein apartes Seidenband, das man vorn oder seitlich zur Schleife bindet . Kurze Boleroiäckchen mit weit ausladenden Aermeln betonen ebenfalls die Querteilung der Figur. Sie bilden eine reizende Ergänzung zum leichten Kleide und deuten durch übereinstimmende Garnierung und raffinierte Farbenabstimmung ihre Zugehörigkeit an. Als Material für die kurze Sommerjacke wird marineblauer Taft bevorzugt, auch in Rohseide, im orientalischen Geschmack bestickt, sieht man entzückende Modelle.

Sehr feiner, im Grundton zum Kleide passender Rips wurde zu dem hübschen Sommerjäckchen, **Abb. B 3043,** verwendet. Seine Verzierung besteht in schmalen, aufgesetzten Blenden und ein wenig Handstickerei am Kragen. Knopf und Knopfloch hält die lose Form zusammen. Erf.: 1.80 m Stoff, 130 cm breit. Beyer-Schnitte für 88 und 96 cm Oberweite.

Unsere Abbildung K 54 153 zeigt ein jugendliches Gürtelkleid aus meergrünem Baumwollkrepp mit weißem Westeneinsatz. Der Kragen und die Aermelaufschläge aus weißem Batist sind mit Falbeln besetzt. Die durchgehende Vorderbahn ist in zwei breite Tollfalten gelegt. Die Ansatznaht des Glockenrockes liegt unterhalb des Gürtels. Erf.: 4 m farbiger, 1 m heller Stoff, je 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 88 und 96 cm Oberweite.

K 34 411. Die reizvolle Wirkung des einfachen Kleides beruht in der Verarbeitung von einfarbigem und geblümtem Voile. Das lange Leibchen mit kurzen Kimonoärmeln wird von einer schmalen Gürtelblende zusammengehalten. Der geblümte Stoff ergibt den kleinen Kragen und den breiten unteren Ansatz. Erf.: 1.60 m einfarbiger, 1.25 m gemusterter Stoff, je 80 cm breit. Beyer-Schnitte für 92 und 100 cm Oberweite.

Mit der Abbildung **S 2833** geben wir ein flottes Jackenkleid aus einfarbigem und gestreiftem Kasha. Der einfarbige Faltenrock hängt an einem Futterleibchen. Die lose Form der kurzen Jacke ist für die neue Modelinie bezeichnend. Einfarbiger Stoff bekleidet die Ränder und Aufschläge der Jacke. Diese ist seitlich geschlitzt. Erf.: 2.50 m gestreifter Stoff, 130 cm breit; 1.50 m einfarbiger Stoff, 140 cm breit. Beyer-Schnitte für 100 und 112 cm Oberweite.

K 34 280. Schwarze Kreuzstickerei bildet die Garnierung des duftigen Sommerkleides aus aprikosenfarbenem Schleierstoff oder Waschkrepp. Der mehrfach dicht gereihte, weite Rock bleibt vorn offen und fällt lose auf ein engeres Unterkleid oder auf einen breiten Untertrittstreifen. Im Rücken ist Knopfschluß eingerichtet. Der Seidenbandgürtel legt sich fest um die Taille. Erf.: 3.90 m Stoff, 80 cm breit. Beyer-Schnitte für 92 und 100 cm Oberweite. Beyer-Abplättmuster Nr. 90 443/V.

K 54 156. Das weite Leibchen des sommerlichen Kleides aus lustig geblümtem Krepp-Marocain fällt blusig über den Rock, der an seinem unteren Rande mit einer einfarbigen Blende abschließt. Die Säumchen am Rock, Aermeln und Leibchen sind nach innen abgenäht. Der einfarbige Stoff ergibt auch den Kragen, die knopfbesetzte Patte und die Aufschläge der langen, bauschigen Aermel. Erf.: 3.60 m Stoff, 110 cm breit; 35 cm Besatzstoff, 100 cm breit. Beyer-Schnitte für 84 und 92 cm Oberweite.

B 3044. Eine sehr hübsche Ergänzung zu einem pastellblauen Seidenkrepkleid bildet das kurze Sommerjäckchen, das man aus gleichfarbigem Kasha, Mouliné oder Rips arbeitet. Alle Ränder werden durch schmale, ausgebogte Blenden garniert. Beachtenswert ist die neue Form der weiten Aermel. Blendenstreifen halten den runden Kragen zusammen. Man füttert die Boleroiacke mit der Seide des Kleides. Erf.: 2.25 m Stoff, 130 cm breit. Beyer-Schnitte für 88 und 96 cm Oberweite.

„Beyer-Schnitte"

sind zu haben in der

Buchhandlung Carl Braus, Schwerte, Bahnhofstr. 3.

Aufgebot!

Der Reichsinvalide Friedrich Wüste aus Castrop i. W. hat das Aufgebot des verloren gegangenen Hypothekenbriefes vom 16. Juni 1920 über die im Grundbuch von Westhofen Band 1 Blatt 42 in Abt. III Nr. 10 für den Drogisten Heinrich Schneider in Castrop eingetragene Darlehnsforderung von 3450 Mk. beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den

6. Oktober 1926, vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 6, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. (2315

Schwerte, den 17. Juni 1926.

Das Amtsgericht.

Apparate, Platten, gr. u. kl. Trommeln, Cello, Violinen, Mandolinen, Lauten und sonstige Instrumente. Platten in großer Auswahl, stets neue Sachen. Reparaturen billigst. **Zahlungserleichterung.**

Musikhaus Kümper

Teichstraße 3, Wilhelmsplatz. 762

HAUSFRAUEN!

Donnerstag, den 24. Juni, abends 8 Uhr, findet in Schwerte im Hotel Jungesblut, Ostenstraße, von erster Berliner Fachlehrerin W. Hedrich ein

lehrreicher, interessanter

Vortrag über Glanzplätten

statt. Stärken, Plätten, Neuplätten, Glanzplätten und die dabei anzuwendenden verschiedenen Kunstgriffe nach neuster Methode, sowie einfaches billiges Waschen werden vorgezeigt und erklärt. Jede Dame kann nach diesem Vortrag ihre Stärkewäsche im eigenen Haushalt fertigstellen. — Zur Unkostendeckung wird ein Beitrag von 50 ₰ erhoben.

Die Damen der Hausfrauenvereine sind freundlichst eingeladen.

2290

Elektrische Bügeleisen

(3 Jahre Garantie)
mit Zuleitung Mk. 9.00

Anleitung zum Glanzbügeln gratis

Fr. Kahlenbeck

Ostenstraße 9.

„Feuerschütz"

Samstag, den 26. Juni 8 Uhr:

Monsun-Militär-Konzert

2283

Storm Reiseführer

Die Rheinlande	RM 4.—
Südbayern Bd. I	RM 4.—
Durch den Harz	RM 3.50
Lüneburger Heide	RM 2.—
Riesen- und Isergebirge	RM 5.—
Der Schwarzwald	RM 5.—
Dresden und Umgebung	RM 2.—
Dresden und die Sächs.-Böhm. Schweiz	RM 4.50
Sächsisch-Böhmische Schweiz	RM 3.—
Thüringen	RM 3.—
Hamburg-Altona und Umgebung	RM 2.—
150 Ausflüge in Hamburgs Umgebung	RM 3.—
Winter im Riesen- u. Isergebirge	RM 3.—
Winter im Schwarzwald	RM 3.—
Reisen im Schweizerland	RM 1.—
Das Salzkammergut	RM 5.—
Ein Buch über Schweden	RM 2.25
Vorzugsausgabe	RM 2.75

Zu haben in der
Buchhandlung Carl Braus, Schwerte

Futterbau-Verkauf!

Freitag, den 25. Juni, nachmittags 6 Uhr, werde ich im Auftrage 1 Morgen guten **Futterbau** am Kirschbaumsweg meistbietend, nummerweise gegen bar und Kredit verkaufen.

Zusammenkunft bei Wittler.

2314 **H. Böcker, Schwerte.**

Dienst-Mädchen

aufs Land gesucht.

Ww. Braß

2313 Gut Rückshausen b. Westhofen.



HAUTANA

der Büstenhalter der Dame

in unerreicht großer Auswahl

S. Käufer

Hösingstraße 17/19.

Brills Edeltabake werden von Kennern bevorzugt!

Spezialität: **Rolltabake.**

Gebrüder Brill, Bilstein in Westfalen

Gegründet 1809 1920 **Gegründet 1809**

Der panislamische Kongreß in Mekka und die Zukunft des Islam.

Von Hermann Carols.

Der zur Zeit in Mekka tagende panislamische Kongreß, dessen eigentliche Aufgabe es ist, die Frage der Zukunft der heiligen Städte und die Kalifatsfrage zu prüfen, verdient in weit höherem Maße als irgend eine andere islamische Zusammenkunft der letzten Zeit, sei es nun der gerade veranstaltete Türkologen-Kongreß in Baku oder der Mitte Mai in Kairo ohne greifbare Ergebnisse abgeschlossene Kalifatskongreß, die Aufmerksamkeit der europäischen Oeffentlichkeit.

Nur mit großer Mühe und sicherlich nicht ohne gewisse politische Zugeständnisse hat Ibn Saud, der König der Hedschas, der den Kongreß leitet und wohl der bedeutendste unter den Anwärtern auf die Kalifen-Würde ist, von den Engländern für die Kongreß-Delegierten der englischen Hoheitsgebiete freie Ausreise nach Mekka erwirkt. Nicht zuletzt der Engländer, der ja von jeher ein besonders feines Fingerspitzengefühl für die Verhältnisse der islamischen Welt bewiesen hat, weiß eben, daß es in Mekka um mehr geht als um eine einfache Restaurierung des Islams und seiner religiösen Grundlagen, sondern daß Mekka ein bedeutsamer Wendepunkt in der Geschichte der politischen Struktur der islamischen Länder sein wird. Ganz gleich, ob es schon jetzt (wie es den Anschein hat) zur Wahl des Kalifen kommen wird, — die Beschlüsse, die in dieser Richtung gefaßt werden müssen, werden bedeutsam genug sein, etwa dem Sturz des letzten Abbasiden Mutawalki durch den osmanischen Sultan Selim I. und der gleichzeitigen Uebernahme der Kalifatswürde durch diesen im Jahre 1517 oder der Beseitigung des Kalifats des letzten türkischen Sultans Abdulmedschid durch Kemal Pascha ebenbürtig an die Seite gestellt zu werden. Freilich die moderne Türkei Kemals ist auch heute dem Kalifatsgedanken abhold. Sie kann es nicht vergessen, daß sich, trotz der Proklamation des Heiligen Krieges durch Mohammed V., bei dem Eintritt der Türkei in den Weltkrieg die Araber unter der Führung des Emirs von Mekka und aller namhafter Führer auf die Seite Englands schlugen. Aehnlich ist die Stimmung in dem stark bolschewistisch beeinflußten Persien Risa Khans. Die weitaus überwiegende Mehrzahl der Moslems aber — das Verhältnis ist etwa 250 zu 40 Millionen — sehnen sich unter das Kalifat zurück. 85 Millionen kommen davon auf die Araber (Nordafrika, Arabien, Syrien), 130 Millionen auf China, Indien und andere islamische Länder Asiens, davon über 100 Millionen auf die englischen und französischen Kolonien. Man versteht es also, wenn insbesondere diese beiden Kolonialmächte die Kalifenwahl mit Interesse verfolgen und danach trachten, möglichst weitgehenden Einfluß auf sie zu gewinnen.

Die Haltung der Türkei und Persiens lassen sehr wohl den Schluß zu, daß nach erfolgter Kalifenwahl eine Trennung von Norden und Süden und daraus entspringende Kämpfe unabwendbar sind. Daß allerdings die Türkei einen Gegenkalifen aufstellen könnte, halten wir für ziemlich ausgeschlossen, wiewohl ein solches Nebenkalifat in der Geschichte des Islam nicht das erste wäre. Man ersinnere sich nur der Rivalität zwischen Bagdad und Kairo und der maurischen Kalifen zurzeit der Eroberung Spaniens. Immerhin würde ein solcher Schritt die Türkei der von ihr sehnlichst erwünschten Einbeziehung der weiten Gebiete von Turkestan, Buchara und Ferghan in das türkische Machtgebiet näher führen, ohne daß die Sowjet-Union wesentlichen Widerstand leisten könnte.

Aber mehr noch: das Kalifat als einheitliche Leitung aller Moslems bedeutet die Vereinheitlichung und Zentralisierung des Freiheitskampfes der islamischen Völker. Tragen doch z. Zt. nicht weniger als neun Zehntel der Moslems das Joch der europäischen Kolonialmächte. Der größte Apostel dieses Gedankens war in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts Dschemaladdin al-Afghani. Keiner der islamischen Lehrer aber wird in der moslemischen Welt heute soviel genannt wie er.

Freilich, es wäre falsch, wollte man annehmen, daß die Kalifatsfrage bereits zugunsten Ibn Sauds oder selbst grundsätzlich einmütig geklärt wäre. Das Kalifat ist ein Ideal und als solches vor allem in den maßgeblichen geistlichen Kreisen der Ulamas (Schriftgelehrten) Gegenstand erbitterter Meinungskämpfe. Das zeigten die letzten Stunden des türkischen Kalifats: damals waren zugleich nicht weniger als drei Kalifen am Leben, deren keiner dem Kalifen-Ideal auch nur annähernd so weit entsprach, daß man sich in jenen Kreisen auf ihn einigen konnte. Der Kalif Wahidaddin, der letzte türkische Sultan Mehmed VI. verlor seine Würde am 1. November 1922, weil er sich unter englischen Schutz stellte. Dem Kalifen Abdulmedschid versagten sie trotz anfänglicher Begeisterung die Gefolgschaft, weil er den Islam nicht hinreichend zu schützen verstanden habe, und der im Februar durch eigene Gnade und englische Gönner proklamierte Kalif Husein war doch auch nur ein willfähriges Werkzeug in den Händen seiner Londoner Auftraggeber. Die Uneinigkeit der Ulamas zeigte sich vor allem auch auf dem Mitte des letzten Monats in Kairo veranstalteten Kongreß, der unter der Leitung Mohammed Abulfadls, des Rektors der Azhar-Universität stand: man zermürbte sich in fruchtlosen Debatten und ging endlich ohne Ergebnis auseinander. Der nunmehrige Kongreß in Mekka aber, der unter der zielbewußten Leitung Ibn Sauds selbst steht, verspricht ungleich bedeutsamere Erfolge. Zwar sind auch dieses Mal mehrere, etwa fünf, Anwärter genannt, die weitaus größten Sympathien aber genießt Ibn Saud. Wir werden sehen, was man in Mekka erzielen wird. Die Beteiligung an dem Kongreß ist ungeheuer und vielversprechend. Er ist ein panislamischer Kongreß im besten Sinne des Wortes.

—oo—

Polnische Wirtschaft.

(Nachdruck verboten).

Der Zollkrieg mit Polen ist zwar auch für Deutschland mit Nachteilen verbunden, die indessen in keinem Verhältnis stehen zu denen, die die Wirtschaft Polens zu tragen hat. Trotzdem gibt sich Warschau alle Mühe, die internationale öffentliche Meinung ununterbrochen in dem Sinn zu beeinflussen, daß Polens Handel und Wandel glänzend gedeihe. Im Widerspruch dazu steht die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen in Polen immer mehr zunimmt. Auch eine landwirtschaftliche Wirtschaftskrise ist vorhanden, denn Polen braucht für einen Teil seiner land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnisse unbedingt den deutschen Markt. Immer unter Voraussetzung, daß die polnische Statistik einigermaßen unzuverlässig ist, hatte der Außenhandel Polens 1924 einen Wert von 2,7 Milliarden Zloty. Davon entfielen allein über eine Milliarde Zloty auf Deutschland, wobei sich Einfuhr und Ausfuhr ungefähr ausglichen. Weitere 400 Millionen entfielen auf Deutsch-Oesterreich und 200 Millionen etwa auf die Tschechoslowakei.

Das zu erwähnen, ist deshalb wichtig, weil die Polen behaupten, daß sie unbedingt für ihre wirtschaftliche Entwicklung einen Hafen brauchten. Tatsächlich geht fast der ganze Handelsverkehr Polens über die Landgrenze, wovon auch nichts dadurch geändert wird, daß Waren nach Deutschland weichselabwärts über Danzig laufen. Nun machen die Polen eine Außenhandelsstatistik auf, die beweisen soll, daß trotz des Zollkriegs mit Deutschland der Warenaustausch im Steigen begriffen sei. Die Polen haben also nicht etwa eine Steigerung der Ausfuhr zu verzeichnen, sondern einen erheblichen Rückgang. Das wird auch bestätigt durch verlässige Zahlen, die sich auf die Wirtschaftslage Oberschlesiens beziehen. Im Bergbau ist heute nicht einmal mehr die Hälfte der Arbeiter beschäftigt, die 1923 gezählt wurden. Ebenso gilt dies für die Eisenindustrie, die Arbeiterentlassung in einem solchen Umfange vorgenommen hat, daß das einem Zusammenbruch der Wirtschaft gleichkommt. Es ist eitel Dunst, wenn die Polen in der ausländischen Presse viel Aufhebens von Kohlenbestellungen aus England machen. Die ostoberschlesische Kohle kommt für die schiffahrts und industrielle Zwecke nicht in Frage. Sie ist vornehmlich gute Hausbrandkohle. Bei der verkehrsgeographischen Lage Ostoberschlesiens und des Dombrowgebietes kann polnische Kohle auf dem internationalen Markt nicht in Wettbewerb treten. Die langen Anmarschwege zu den Häfen verteuer die Kohle so, daß sie sich einmal zu Verlustpreisen anbieten läßt. Die irreführenden Angaben der Polen über die Entwicklung von Wirtschaft und Außenhandel dienen zunächst dazu, Deutschland mürbe zu machen. Dann aber haben sie auch den Zweck, die Banken in London und Newyork zu veranlassen, Anleihen an Polen zu gewähren. Es ist wenig wahrscheinlich, daß dieser Zweck erreicht wird, zumal der Staatsstreich Pilsudskis neuerdings den Beweis erbracht hat, daß die innerpolitischen Verhältnisse Polens wenig gefestigt sind. Die Gegner Pilsudskis haben die Waffen nicht gestreckt; sie organisieren und rüsten den Widerstand, der zu einer neuen Revolte führen wird, sobald die Aussicht auf Erfolg gegeben scheint.

—oo—

Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Dortmund.

Die Industrie- und Handelskammer Dortmund beschäftigte sich in ihrer Vollversammlung vom 18. d. Mts. mit einer Reihe von wichtigen Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen.

Herr Dr. Klönne, M. d. R., sprach über die **Bedeutung einer evtl. Ratifikation des Washingtoner Abkommens** für die deutsche Wirtschaft und damit zusammenhängende Fragen. Eine Ratifikation des Washingtoner Abkommens kann nach Auffassung führender Kreise nur äußerst nachteilige Folgen für die deutsche Wirtschaft haben, insbesondere wird eine Erfüllung der durch die Friedensverträge übernommenen Verpflichtungen unter den Auswirkungen des Abkommens unmöglich werden.

Den **Entwurf eines Städtebaugesetzes** behandelte der 1. Geschäftsführer Dr. Martin. Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Städtebauwesens, insbesondere im Industriebezirk, nahm er zu den Grundzügen des Entwurfs Stellung. Der von dem Berichterstatter vorgelegte Beschlußantrag fand die Zustimmung der Vollversammlung in folgender Form:

„Bei grundsätzlicher Anerkennung der Notwendigkeit, durch Sicherstellung der baulichen und



„Der industrielle Erfolg Deutschlands beruht hauptsächlich auf seinem Ausbildungssystem und auf seinen Fortbildungsschulen", so lautet das Urteil eines amerikanischen Sachverständigen. Die deutschen Fortbildungs-, Berufs- und Fachschulen haben bekanntlich die Aufgabe, mitzuwirken an der Ausbildung und Erziehung der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, die aus der Volksschule entlassen und in der Regel bereits in einen Erwerbsberuf getreten sind.

Harte Schädel.

Ein Roman aus dem westfälischen Volksleben.

Von Walter Engstfeld, Haspe.

Schluß. (Nachdruck verboten).

„Mutter!" Ein Jubelruf aus Fritzens Mund — ein langes inniges gegenseitiges Umarmen, folgte. Ein Mutterherz, das mehr als 25 Jahre vergeblich nach dem Sohne sich gesehnt, hatte ihn heute wiedergefunden. Glücklich und froh schritten die drei Menschen hinab zu den Langmanns, die sich mit ihnen freuten und das konnten sie nun um so freier, weil mit der Ankunft der Frau Graßkamp alle Sorge um ihren Lebensabend von ihnen abgenommen worden waren. Gleich hatte Liese ihnen versichert, daß ihr Mann in Kürze ebenfalls hier in seiner Heimat eintreffen würde und das sie den Wiesengrund käuflich übernehmen mit der Verpflichtung, die beiden Alten bis an ihr Lebensende gut zu halten und zu pflegen.

„Sieh', Mutter, sagte Karl Langmann, als alle so gemütlich plaudernd beisammen saßen und Anne sich auch noch eingefunden hatte, „das Glück kommt immer wieder in den Wiesengrund und recht hatte ich doch, als mir die linke Hand juckte."

Schnell war der wunderschöne Abend vorbei — und die Freude hatte ein Ende — doch nein — diesmal nicht, denn die Freude über dieses Erlebnis ging mit allen still hinein in die Träume und frischer und schöner stand sie am nächsten Morgen mit ihnen wieder auf und leuchteten aus ihren Augen. Nur der alte Großvater hatte noch keinen Anteil an dieser Freude. Zunächst hatten Lina und Fritz ihm wohl gleich alles sagen wollen, doch sie hatten diesen Plan fallen lassen müssen, weil sie eingesehen, wenn auch der alte Mann sich in allen Teilen geändert, wenn er auch nun seine Tage zufrieden und freundlich verlebte, in dem einen Punkt, der den Sohn und die Schwiegertochter betraf, da blieb er fest und gab nicht nach, da war es besser, man wartete ab. Bei Langmanns war eben eine fremde Frau zu Besuch — mehr erfuhr Graßkamp nicht —!

In der nächsten Zeit aber sah Graßkamp wiederholt diese fremde Frau auch hinüber nach Holthausen gehen und abends beobachtete er dann, daß Lina und ihre Mutter sie bis zu den alten Weiden am Schultenhof begleiteten, daß hier auch Fritz sich noch dazu gesellte und daß dann die beiden jungen Leute allein mit der Fremden weiter zum Wiesengrund hinabgingen.

Einige Monate mochten auch so noch vergangen sein, der Herbst war da und bald sollte die Hochzeit des jungen Schultenhof-Bauern gefeiert werden. Der alte Bauer fühlte sich nochmals jung werden und freute sich auf das kommende Ereignis. Sein Wunsch, daß es ein Ehrentag nach innen und außen für den Schultenhof werde, machte, daß er selbst viel anordnete und bestellte. Ganz und gar vergessen hatte er anscheinend, daß er selbst vor kaum acht Monaten Fritz noch ständig abgeraten, Lina zu heiraten, denn diesmal hatte er es längst eingesehen, daß es für Fritz keine passendere Frau, für ihn aber auch keine liebevollere Pflegerin in seinen alten Tagen geben könnte, als gerade dieses Mädchen.

Dennoch aber wurde gerade in diesen Tagen Graßkamp irre an ihr, denn Lina bedrängte ihn fortgesetzt damit, er sollte nun endlich einwilligen, daß sie dem Sohne nach Brasilien schreibe, er möge nun mit seiner Familie heim zum Schultenhof kommen, er solle einwilligen, ihn wiederzusehen da er alt sei und gerne, ehe es mal ans Sterben gehe, sich versöhnen möchte. Graßkamp war aber trotz seiner 81 Jahre nicht mürbe geworden, auch gedachte er noch nicht zu sterben und dann — nein, ein Graßkamp nimmt nichts zurück und gibt nicht nach.

Im Wiesengrund traf erneut Besuch ein, ein großer stattlicher Mann und ein ebenso von der Natur ausgestatteter Sohn desselben und als am Abend Fritz und Lina hier eintrafen, da gab es wiederum frohe Stunden im Wiesengrund und auch die Urheberin des ganzen Planes, die allzeit frohgemute und hilfsbereite Anne, die Lina veranlaßt hatte, den Eltern von Fritz in Brasilien den Ankauf des Wiesengrundes nahezulegen, wurde hierbei nicht vergessen und ihr Mann, Julius Kühn, kam mit, denn er hatte es ja dem nun aus Brasilien zurückgekehrten Fritz damals zu verdanken gehabt, daß er als reisender Handwerksbursche auf dem Schultenhof Arbeit erhielt. Immer hatte er es bedauert, daß sich Vater und Sohn am Tage seines Eintritts entzweiten. Doch nun war er wieder hier und man freute sich des Beisammenseins.

Die Heimat übte ihren Zauber und ihre Anziehungskraft aus. Wie hatten doch Vater und Sohn die Frau und Mutter vermißt, die sich nicht länger mehr auf der brasilianischen Ansiedlung halten ließ, nachdem Lina ihr Kunde von dem Unfall des Sohnes gegeben. Fritz Graßkamp, dem Vater, waren, nachdem seine Frau allein nach Deutschland reiste, allerlei Gedanken an vergangene Zeiten gekommen und nicht mehr war er sie los geworden, alle Freude an seinem großen Reichtum hatten sie ihm geraubt und er hatte gefühlt, daß ihm Liese doch das Beste von allem war und noch viel früher, als er versprochen, war er mit Willy nachgereist und nun empfing ihn die Heimat und fesselte ihn wieder. Mochte Willy noch einige Jahre nach drüben gehen die Ansiedlung zu verwalten, gut, Tom und Sam und die treue Metschaka würden ihm schon beistehen — er selbst aber blieb hier, denn hier bei seiner Frau, dem Fritz und Lina, war sein Platz. Schöner als Brasilien war Westfalen. — Aber der Vater — der wollte noch immer keine Versöhnung und der Sohn war ein zu echter Graßkamp, als daß er sich der Demütigung des Zurückgewiesenwerdens ausgesetzt hätte. Jetzt war es wieder Lina die des Schicksals Zügel in die Hand nahm und lachend erklärte:

„O, der alte Graßkamp hat nun über 80 Jahre seinen harten Schädel der Welt gezeigt, darum laßt nun Fritz und mich mal handeln. Morgen abend wird er Euch alle hier willkommen heißen."

Frohgestimmt mit der festen Hoffnung an eine sonnig glückliche Zukunft trennte man sich.

Der nächste Tag, ein Sonntag, sah soviel Menschen im Wiesengrund, wie seit langen Jahren nicht mehr hier gewesen. Am Spätnachmittag waren als die ersten Anne und Julius wieder gekommen, die sehr gespannt waren, ob Lina und Fritz wirklich den Großvater umzustimmen vermochten und wie alles wohl enden würde. August Zapp mit seiner Frau und ebenfalls Ernst Schmidt fanden sich noch ein, so waren dem außer Wilhelm Holthaus, Lisette Zapp, dem alten Peter und Trine, die alle hier auf dem Friedhof in G.... ruhten, alle beisammen, die durch Schicksalsfäden verbunden gewesen und warteten der Dinge, die da kommen sollten.

Ihre Geduld wurde nicht zu knapp auf die Probe gestellt. Es dunkelte bereits etwas und schon dutzende Male hatte man hin und her alles besprochen, da endlich kam drüben vom Wege unter den alten Weiden her der Graßkamp'sche Kastenwagen angefahren. Auf dem Wagen saßen vorne auf einem querübergelegtem Brett Fritz und Lina. Fröhlich knallte Fritz mit der Peitsche und Lina winkte lachend den Freunden zu. Auf einem zweiten, sorglich mit Kissen und Decken hergerichteten Sitz aber saß der alte Graßkamp und schaute verwundert auf die vielen Leute vor der Langmann'schen Haustür. Nun kam einer, groß und baumstark, wie er es selbst einst gewesen und der hob ihn wie ein Kind vom Wagen und eine Weile hörte man keinen Ton, nur hier und da putzten die Frauen mit ihren Taschentüchern die Augen. — Vater und Sohn hielten sich umschlungen, sprachen als echte Westfalen nicht unnütze Worte — sie fühlten, nun war es gut zwischen ihnen und als dann Liese und Willy noch ebenfalls herzlich den alten Manne begrüßt hatten, da sagte dieser und seine Stimme zitterte vor Erregung:

„Ja, ja, die Beiden," und er deutete auf die neben ihm stehenden Brautleute, „haben es fertig gebracht, mich herzufahren, denn heute früh haben sie mir zuerst erklärt, wenn ich nun nicht endlich nachgebe, dann führen sie am Tage nach ihrer Hochzeit nach Brasilien und dann — als ich nachgab und das Mädchen schreiben sollte, da hieß es, dies wäre auch nicht nötig, heute wäre ihr Brasilien im Wiesengrund und — ich mußte, ob ich wollte oder nicht, mit hierher — jetzt weiß ich ja warum — es ist auch gut so — ich freue mich, daß ihr hier seid, — nun kommt mit zum Schultenhof."

„Auch wir freuen uns alle, Vater, daß wir dich noch wiedersehen konnten, doch unsere Heimat soll der Wiesengrund sein, den Onkel Karl an mich verkaufte, hier bleibe ich mit Liese, Fritz und Lina bleiben bei dir. Der Schultenhof und Holthausen werden ja nun demnächst ein großes schönes Gut und dazu werden alle, die hier sind, helfen."

— Ende —

verkehrstechnischen Entwicklung der Städte gesunde Siedlungspolitik zu treiben, vermag die Industrie- und Handelskammer Dortmund den Entwurf eines Städtebaugesetzes **in vorliegender Form nicht gutzuheißen.** Die durch die Entwicklung der letzten Jahre entfesselte Eigentumsfeindschaft hat dazu geführt, daß der Entwurf aufgestellt wurde, ohne daß den von seinen Bestimmungen betroffenen Kreisen der Grundeigentümer, insbesondere den Unternehmern in Industrie, Handel und Gewerbe eine hinreichende Mitarbeit gewährt worden ist.

Indem wir den Versuch der Durchführung noch nicht geklärter bodenreformerischer Gedanken ausdrücklich zurückweisen, verwahren wir uns grundsätzlich gegen alle Angriffe auf die Unverletzlichkeit des privaten Eigentums an Grund und Boden, die zur Zerstörung des für die Wirtschaft heute mehr als je notwendigen Bodenkredits führen müssen.

Entziehung des Eigentums und Beeinträchtigung von Nutzungsrechten darf nur unter dem Schutze ausreichender Rechtsmittel und nur gegen angemessene Entschädigung in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Rahmen stattfinden."

Ueber **die Regierungsbegründung zum Arbeitslosen-Versicherungsgesetzentwurf** berichtete der stellvertretende Geschäftsführer Dr. Fischer. Er wies in seinen Ausführungen besonders darauf hin, daß die Arbeitsmarktlage sich seit der Abfassung der Begründung wesentlich verschlechtert hat und die Begründung deshalb heute nur als Material verwertet werden kann. Sie baut auf einer Einnahme aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Höhe von jährlich 33 Millionen RM. und einer Beitragshöhe von 2 Proz. des Grundlohnes auf. Der Betrag würde ausreichen, um jährlich etwa 525 000 Arbeitslosen die Leistungen der Versicherung zugute kommen zu lassen. Die Zahl der Arbeitslosen schwankt aber seit langem schon zwischen 1½ und 2 Millionen, so daß die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes zu einem Zusammenbruch dieser sozialen Einrichtung hätte führen müssen. Unter normalen Wirtschaftsverhältnissen stehen dem Uebergang von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung keine Bedenken entgegen. Die jetzigen anormalen Wirtschaftsverhältnisse machen die Verwirklichung dieses Planes indes unmöglich und für die Wirtschaft untragbar. Des weiteren kann nicht darauf verzichtet werden, daß Reich, Länder und Gemeinden an der Aufbringung der Kosten beteiligt werden.

Zu dem Entwurf eines **Spiritus-Monopolgesetzes** trug Herr Schulz-Gahmen, M. d. R., einzelne Abänderungsvorschläge des Brennereigewerbes vor, welche die Kammer weiter verfolgen wird.

Herr E. W. Schulte berichtete über den **Entwurf eines Gesetzes zur Abwendung des Konkurses,** eine Frage, mit der sich die Kammer schon des öfteren befaßt hat. Der jetzige Entwurf entspricht im großen und ganzen den Wünschen der Wirtschaft. Sodann wies Herr Schulte auf die Bedeutung des **Gerstenzolles** für die deutsche Wirtschaft hin. Mit der Erhöhung des Gerstenzolles auch für Futtergerste kann er sich nicht einverstanden erklären. Es muß wie in der Vorkriegszeit für Futtergerste ein niedriger Zollsatz gefordert werden, um die deutsche Viehhaltung (Schweinemast) zu fördern. Hierdurch erwachsen mittelbar auch der deutschen Landwirtschaft Vorteile.

Nach Kenntnisnahme des Geschäftsberichts wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

——oo——

Vom Handwerk.

Gründung eines Reichsausschusses für das Kunsthandwerk.

RH. Kürzlich haben sich in Berlin die maßgebenden Verbände des Kunsthandwerks, sowohl einzelne Innungen als auch Reichsfachverbände, und des Kunstgewerbes zu einem Rechtsausschuß des Kunsthandwerks und der kunstgewerblichen Betriebe zusammengeschlossen. Ueber seine Absichten veröffentlicht der Ausschuß folgendes Programm:

1. Der Reichsausschuß will die Oeffentlichkeit über die Bedeutung kunstgewerblicher Arbeit aufklären und schmuckfeindliche Typisierung und Normalisierung bekämpfen. Er verkennt durchaus nicht, daß bei den heute zur Verfügung stehenden beschränkten Mitteln eine Rationalisierung der Arbeit unvermeidlich ist, diese darf aber nicht in eine Mechanisierung und Gleichmacherei enden und nicht das wertvolle technische Können unseres Kunsthandwerks vernichten.

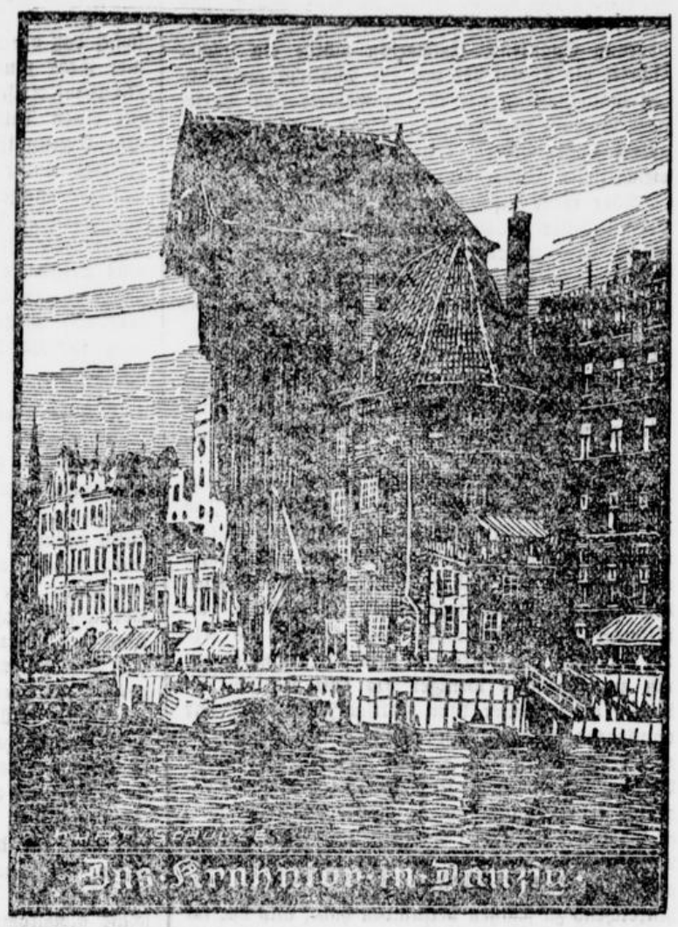
Der Reichsausschuß wendet sich gegen eine Bevormundung des Kunsthandwerks und gegen die einseitige behördliche Förderung bestimmter Kunstrichtungen.

2. Der Reichsausschuß bekämpft alle Versuche der Sozialisierung im Kunstgewerbe und jede Konkurrenz, die dem freien kunstgewerblichen Schaffen durch staatliche Einrichtungen entsteht. Er sieht insbesondere eine Gefahr darin, daß Kunstschulen mit öffentlichen Mitteln, der Arbeitskraft der ihnen anvertrauten Schüler und umgeben von dem Nimbus des Offiziellen dem Gewerbe Konkurrenz machen. Die Bedeutung und die Aufgaben der Schulen sollen nicht verkannt werden, sie sollen aber Unterrichtsstätten bleiben und ihre festbesoldeten Lehrer und Professoren sollen Lehrer und Förderer des Kunstgewerbes und nicht seine Konkurrenten sein. Der Ausschuß weist jeden Versuch zurück, diesen seinen Standpunkt in einen Kampf gegen die freien Künstler umzudeuten.

3. Darüber hinaus will der Reichsausschuß, ohne die Tätigkeit der Fachverbände zu beeinträchtigen, eine einheitliche Front des gesamten Kunsthandwerks und der kunstgewerblichen Betriebe in allen gemeinsamen wichtigen Wirtschaftsfragen herbeizuführen, um für das gesamte Kunsthandwerk die Stoßkraft zu erreichen, die die einzelnen zersplitterten Verbände nicht erlangen können.

Aus deutschen Gauen.

Danzig, eine Kunst- und Kulturstätte.



Zu den mannigfachen bedeutenden und schönen Punkten, die unser deutsches Vaterland durch den unwürdigen Abschluß des großen Weltkrieges verloren hat, gehört auch die Stadt Danzig. Sie, die ihr Aufblühen in kultureller und künstlerischer Beziehung vor allem dem Christentum und dem Deutschtum verdankt, ist heute losgelöst vom Vaterlande und steht mit den umliegenden Gebieten als Freistaat Danzig allein in der Welt, nicht wissend, was größere Machthaber ihr in der Zukunft noch Schweres bereiten. Wenn wir die Geschichte der alten Stadt verfolgen, so erkennen wir, daß die durch den Tod des letzten Herzogs Mestwin II. plötzlich verwaiste Stadt sicher ein trübes Schicksal gehabt hätte, da sie bereits zum Zankapfel der Nachbarn wurde, wenn der Deutsche Orden, den das bedrängte Danzig um Hilfe anrief, diese nicht voll und ganz gewährt hätte (1308). Unter der Oberhoheit des Deutschen Ordens blühte die Stadt auf. Nicht nur, daß die eingesessenen Bürger unter dem starken Schutz ungestört ihrer Tätigkeit nachgehen konnten, wodurch vornehmlich Kaufmannschaft, Kunst und Handwerk gefördert wurden; die Brüder des Deutschen Ordens übten vor allem auch in künstlerischer Beziehung einen großen Einfluß auf die Bevölkerung aus. Die zahlreichen Danziger Kirchen, die fast alle von den Deutschherren erbaut wurden, und die in ihrer Anlage große Aehnlichkeit aufweisen, machen einen ebenso massiven wie würdigen Eindruck. Der Fremde, der Danzig besucht, wendet seine Schritte gewiß zuerst zu dem imposanten Bau der Oberpfarrkirche von St. Marien, der sich in ruhiger, selbstverständlicher Majestät aus den umliegenden Gebäuden erhebt. Das Innere dieser Kirche birgt neben vielen bedeutenden Kunstschätzen vor allem ein Werk altniederländischer Malkunst: Hans Memlings „Jüngstes Gericht". Der vielen anderen Kirchenbauten, wie Katharinenkirche, Nicolaikirche, Petrikirche, Trinitatiskirche, Johanniskirche usw. kann ich hier im einzelnen nicht gerecht werden, da der Raum dafür nicht ausreicht.

Die Anlage des Straßennetzes wurde bedingt durch die Wasserorgane der Mottlau, eines Nebenflusses der Weichsel. Am Ufer dieses Flusses zieht sich ein Kai entlang, genannt die Langebrücke. Geht man diese Straße hinunter, so öffnen sich in der Reihe der auf der einen Seite dicht gedrängten Häuser von Zeit zu Zeit Tore, durch die man die verschiedensten, bedeutendsten Straßen der alten Stadt erreicht. Diese Tore sind eine besondere Eigenart Danzigs; ihre Namen sind meist nach den Straßen, deren Mündung sie bilden, gewählt. Auch das Krahntor, das unser heutiges Bild wiedergibt, bildet einen solchen Zugang zur Stadt. Wuchtig und malerisch tritt der eigenartige Bau am Mottlaukai hervor, wenn wir uns aber vergegenwärtigen, daß er einst zum Einsetzen der Maste in die Schiffe diente, so erkennen wir die Zweckmäßigkeit seiner Form.

Noch einige Worte über Danzigs Straßen. Die Langgasse ist „die" Straße in Danzig. In ihr spielt sich der Hauptverkehr ab; in ihr liegen die bedeutendsten Geschäfte. Dabei hat sie nichts gemein mit den vielen Hauptstraßen großer Städte, die schnurgerade ihren Weg gehen, ohne eigenen Charakter, wie Menschen ohne Seele. Sie zieht sich in kaum merklichen Kurven entlang, damit das Bild architektonischer Schönheit stetig verändernd. Viele alte und schöne Häuser erheben sich hier noch, und wenn auch dem modernen Geschäftsgeist, insbesondere durch Ladenausbauten, manches Wertvolle zum Opfer gefallen ist, so findet sich doch noch viel, sehr viel, was ein kunstverständiges Auge zu erfreuen vermag. Andere Straßen — die seitab vom großen Verkehr liegen — konnten sich ihre alte Eigenart noch erhalten; so u. a. die Jopengasse und die Frauengasse. Hier finden wir auch noch ein ureigenes Danziger Baumotiv, den sogenannten „Beischlag". Dieser ist ein terrassenförmiger Vorbau der Häuser, der in früheren Zeiten als Erholungsplatz der Bürger eine wichtige Rolle spielte. Heute werden diese Vorplätze an den Häusern nur noch wenig benutzt, aber wir können uns vorstellen, welchen vornehmen Eindruck die alten Patrizierhäuser mit ihren Beischlägen früher gemacht haben.

Einst warst du, Danzig, eine unserer deutschen Ostwarten, und viel zu wenig bist du als solche von uns Deutschen besucht worden. Die meisten Bewohner des übrigen Deutschland scheuten den weiten Weg, der zu dir führt, und auf dem sich wenig anderes bietet, was zu einer so weiten Reise veranlaßt. Und heute, da du nicht mehr zu uns gehören sollst, werden der Besucher in deinen Mauern auch nur wenige sein. Und doch sollten wir uns gerade der Gebietsteile, die ohne Fug und Recht von ihrem und unserm Heimatlande getrennt sind, mit besonderem Interesse annehmen und dadurch unser Zugehörigkeitsgefühl zu ihnen ausdrücken. Und so, wie wir die DanzigerBürger bitten wollen: „Bleibt deutsch, deutsch mit Leib und Seele!", so wollen wir auch bekennen: „Und ihr werdet immer zu den Unsern zählen, allen und jeden Feinden zum Trotz!"

Ch. Kr.-H.

Aus den Provinzen.

Körperlich mißhandelt.

Unna, 23. Juni. Körperlich mißhandelt wurden am Samstag morgen gegen 5 Uhr zwei Mitglieder eines hiesigen militärischen Vereins von uniformierten Kommunisten. Als die beiden Kameraden von einer Vereinsveranstaltung heimkehrten, begegneten ihnen an der Ecke Kloster- und Schäferstraße etwa 6—7 Angehörige des Rotfrontbundes. Ohne jeden Grund wurden die beiden Kameraden von den andern mit einem Hampelmann bearbeitet. Einer der Ueberfallenen trug eine schwere Kopfverletzung davon. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

Unbekannter Toter.

Hamm, 23. Juni. Hier wurde die Leiche eines Mannes aus der Lippe gezogen. Der Tote hat etwa drei Tage im Wasser gelegen. Es handelt sich um einen Mann im Alter von 50 Jahren, dessen Persönlichkeit noch nicht bekannt ist.

Grubenunglück.

Alsdorf, 23. Juni. Auf der Grube Maria stürzten zwei Bergleute in einen etwa 50 Meter tiefen Schacht. Der eine war sofort tot. Der andere wurde schwer verletzt.

Schulversäumnis wegen Schuhmangels.

Herne, 23. Juni. Die Witwe J. hatte sich vor dem Amtsgericht wegen Zuwiderhandlung gegen eine Schulverordnung vom 15. Februar 1907 zu verantworten, weil ihre Tochter unbefugt den Schulunterricht versäumt habe. Obschon Frau J. betonte, ihre Tochter habe keine Schuhe gehabt, um die Schule besuchen zu können, wurde sie gleichwohl zu einer Geldstrafe verurteilt, weil die Tochter auf der Straße gesehen worden sei. Diese Entscheidung focht die Angeklagte durch Revision beim Kammergericht an und hob hervor, ihre Tochter habe nur die Straße betreten, um Schuhe vom Schuhmacher abzuholen. Das Kammergericht verwarf die Revision.

Verhafteter Sittlichkeitsverbrecher.

Bochum, 23. Juni. Durch Mitwirkung des Publikums auf Grund einer Zeitungsnotiz hat die Kriminalpolizei einen Sittlichkeitsverbrecher, der ein sechsjähriges Mädchen in einem Kornfeld an der Castraperstraße vergewaltigte, ermitteln und der Tat überführen können. Es ist ein 24jähriger Bergmann aus Castrop, der bereits zweimal vorbestraft ist und erst vor kurzem nach Verbüßung einer 18 monatigen Freiheitsstrafe aus dem Gefängnis entlassen worden war.

Ein schlechter Scherz.

Münster, 23. Juni. Einen schlechten Scherz vollführten am Mittwoch nachmittag ein junger Mann auf der Werse in der Bucht bei der Kaffeewirtschaft Venemann. Hier ließ der „Held" sein Kanu U 9 vor den Gästen kentern. Die Folge davon war, daß sich der Menge eine große Aufregung bemächtigte. Eine ältere Dame fiel in Ohnmacht. Dem jungen Mann war natürlich nichts geschehen. Als er schwimmend das Boot hinter sich ziehend, das Ufer erreicht hatte, machte er eine elegante Verbeugung und zog von dannen.

Ein Menschenskelett im Kirchengewölbe.

Kendenich, 23. Juni. Ein eigenartiger Fund wurde Donnerstag morgen im Gewölbe der hiesigen Pfarrkirche, einer der ältesten Kirchen der Umgebung Kölns, gemacht. Am Dach des Langschiffes der Kirche sollte mit Reparaturen begonnen werden. Als die Dachdecker das über der Apsis der Kirche gelegene Kirchengewölbe durchschnitten, fanden sie an einer Stelle, die stets im Dunkeln liegt und kaum von Menschen betreten wird, ein an der Wand aufrechtstehendes Menschenskelett. Der oberte Teil des Körpers und die Füße sind nicht mehr vorhanden. Die untere Hälfte war noch deutlich zu erkennen: gebleichte Knochen, stellenweise mit eingetrockneten Fleischfasern bedeckt. Das Skelett ist noch gut erhalten. Das Gewölbe, in dem der Fund gemacht wurde, ist im Jahre 1860 erbaut worden. Man nimmt an, daß das Skelett von 15 bis 20 Jahre darin gelegen hat. Die Polizei von Hermülheim, die sich eifrig bemüht, Klarheit in die Sache zu bringen, glaubt mit Sicherheit ein Verbrechen annehmen zu können, bei dem der Täter das von Menschen kaum aufgesuchte Kirchengewölbe als Versteck für sein Opfer benutzte.

——oo——

Kunst und Wissen.

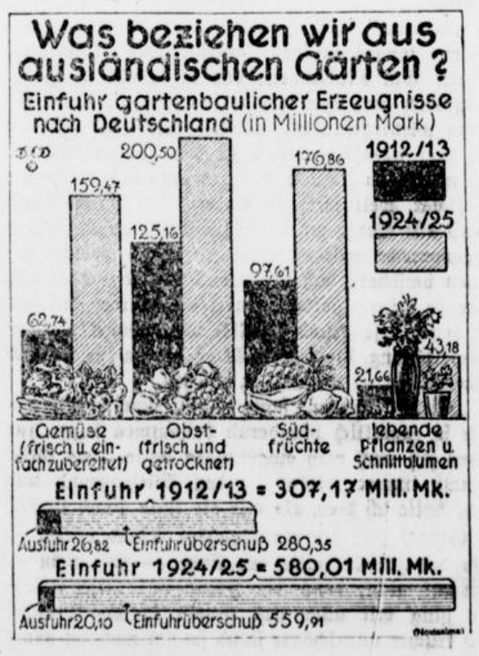
Der älteste Palast Babylons.

Professor Langdon, der berühmte englische Assyriologe, der die von dem Oxforder Universitätsmseum veranstalteten Ausgrabungen bei Kisch nahe Babylon leitete, hat über das Ereignis seiner Tätigkeit Bericht erstattet.

Danach hat man den Palast der ersten Könige von Babylon gefunden. Die guterhaltenen Ruinen, die zutage gefördert worden sind, stellen das älteste Bauwerk dar, das bisher im Orient der Vergessenheit entrissen werden konnte. Der Bau ist aus Ziegelsteinen der ältesten bekannten Art hergestellt. Als die Außenwände freigelt worden waren, stieß man auf einen prächtigen Laufgang, in den große Nischen eingelassen sind. In der Nähe dieses Ganges fand sich eine prächtige Säulenhalle vor, die sich von Osten nach Westen zieht und nach dem Thronsaal führt. Nach den Inschriften, die in dieser Halle angebracht sind, hat man es dabei mit dem Zugang zum Saal zu tun, in dem die Könige und die weisen Männer zu Gericht saßen.

In dem Thronsaal selbst befinden sich zahlreiche wunderbar gearbeitete Tafeln, auf denen die Eroberungszüge der ersten Könige dargestellt sind. Mit besonderer Feinheit sind die Gewänder der Könige ausgeführt, die aller Wahrscheinlichkeit nach keine Semiten gewesen sind. Die Könige und ihre Gefangenen haben runde und glattrasierte Köpfe. Ihr Blick ist entweder nach oben oder nach unten gerichtet, während er bei den Semiten meist geradeaus geht. Andere Tafeln stellen Landvolk und Arbeiter dar, die sich auf der Rückkehr von der Feldarbeit oder auf dem Feld selbst befinden.

Auch hier legt sorgfältige Zeichnung beredtes Zeugnis von der hervorragenden Begabung der bildenden Künstler ab. In der Nähe des Thrones hat man das System einer uralten Bilderschrift entdeckt. Dort hat sich eine Tafel vorgefunden, auf der Hände und Köpfe abgebildet sind, und in der ein Verzeichnis der Palastsklaven festgestellt worden ist.



Trotz der verringerten Kaufkraft der Bevölkerung hat das Deutschland des Jahres 1924/25 einen doppelt so hohen Einfuhrüberschuß gartenbaulicher Erzeugnisse erreicht als das größere Deutschland des Jahres 1912/13. Die Einfuhrwerte lagen im letzten Jahre um mehr als 270 Millionen Mk. höher als vor dem Kriege, die Ausfuhrwerte aber um fast 25 Proz. niedriger. Das deutsche Volk könnte Hunderte von Millionen Mark sparen, wenn es seinen eigenen, durch die Förderung des Gartenbaues während der letzten Jahre ohnedies vermehrten Gartenerzeugnissen mehr als bisher den Vorzug geben würde. Infolge des Ueberangebotes kam es vor, daß Obst überhaupt nicht gepflückt und Kohl untergepflügt wurde.